

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

N. 274.

Mittwoch, den 22. November 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Des Bußtages wegen wird die nächste Nummer des „Lübecker Volksbotes“ erst am Donnerstag Nachmittag ausgegeben.

Die Zuchthausvorlage ist gefallen!

Der Reichstag hat — so schreibt man uns aus dem Reichstage — in seiner Sitzung am Montag der Zuchthausvorlage ein Begrüßung, und zwar kein solches erster Klasse, bereitet! Die Aussicht auf einen erstklassigen Tag hatte zahlreiche Tribünenbesucher herangelockt; namentlich die Journalistentribüne war überfüllt; man bemerkte auch verschiedene Korrespondenten und auswärtiger Blätter. Auch am Besuche des hohen Hauses merkte man, daß „etwas Besonderes los“ war; obgleich viel daran fehlte, daß alle Reichsboten zur Stelle waren, mochten doch immerhin gegen 200—220 Volksvertreter anwesend sein.

Als erster Redner ergriff der nationalliberale Banquier Büsing das Wort, um die nationalliberalen Kaufmannsanträge zu begründen. Die Rede war eine echt und recht nationalliberale Leistung, reich an wern's und aber's, an einerseits und andererseits. Sie entbehrte nicht eines gewissen unfreiwilligen Humors: brachte der Herr aus Mecklenburg es doch fertig, seinen Antrag als geeignet zum Schutz der Schwachen zu empfehlen; die armen „Schwachen“, die geschützt werden müssen, das sind die nichtorganisierten Arbeiter, die bösen „Starken“, deren Uebermuth gewehrt werden muß, das sind die Organisierten! Sonst war viel in der Büsing'schen Leistung von individueller und bürgerlicher Freiheit und derartigen schönen Dingen die Rede.

Gleich nach dem nationalliberal-freihändlerischen kam der hochschützöllnerisch-freikonservative Scharswacher zum Worte. Pro forma begründete Herr v. Stumm seine Stellung zum Regierungsentwurf und zu dem nationalliberalen Abänderungsantrage, in den er einige verschärfende Bestimmungen (natürlich!) eingefügt wissen wollte. In der That aber benutzte Stumm die Gelegenheit, nachzuholen, was er wegen seiner Heiserkeit, wenn wir uns nicht irren, bei der ersten Verlesung hatte versäumen müssen: er hielt seine übliche Schimpf- und Schmährede gegen die Sozialdemokratie. Ueber den Inhalt brauchen wir weiter keine Worte zu verlieren; aber auch die Form stand tief unter den üblichen, freiherrlichen Leistungen — und das will viel, sehr viel sagen! Immerhin — dankbaren Agitationsstoff für die Sozialdemokratie bietet jede Stumm'sche Rede; es wäre also undankbar, mit dem Gebieter Saarabians zu hadern, weil er nicht so viel geboten, als man glaubte, von ihm erwarten zu dürfen. Selbstredend wurde Abg. Köstke in Gesellschaft mit angepöbelt; dagegen fehlten die die Stumm'schen Reden sonst zierenden Begeisterungen des Prof. Wagner; augenscheinlich ist der Besitzer der „Post“ dem Prof. Wagner dankbar dafür, daß derselbe sich um die Ausfüllung der zahlreichen Bildungslücken des Chefredakteurs der „Post“ bemüht. Stumm selbst freilich scheint aus dem Kollegbesuch seines Overtintenkulis Kronsbein — derselbe besucht die Wagner'sche Vorlesungen über den Sozialismus — noch keinen Nutzen gezogen zu haben; wenigstens war in seiner Rede nichts davon zu spüren.

Unmittelbar nach seiner Rede mußte Freiherr von Stumm den Schmerz erleben, daß sein Antrag auf Kommissionsberatung mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Konservativen, der Antisemiten und eines Theiles der Nationalliberalen abgelehnt wurde. Die Weiterberatung erfolgte also im Plenum.

Es erhob sich nun zunächst der Abg. Lieber zu seiner vom ganzen Hause mit Spannung erwarteten Erklärung. Im Namen der gesammten Zentrumsparthei erklärte er, nach wie vor an der Ablehnung der Vorlage ohne Kommissionsberatung festzuhalten, da eine Reizung, auf die Zentrumsvorschlüge betr. Ausdehnung des Koalitionsrechts einzugehen, weder im Hause, noch bei der Regierung vorhanden sei.

Damit war im Grunde das Schicksal des Tages entschieden. Vergebens sprang Posadowsky, der Reichsgraf des Inneren, in die Bresche, um das Geschick zu wenden oder doch zu retten, was zu retten war. Die halb väterlichen, halb herrischen Ermahnungen, die man

an den Reichstag und die bürgerlichen Parteien zu richten für gut befand, begegneten nur spöttischer Ablehnung; als der Staatssekretär sich zu der Verheißung verließ, daß an der Energie der Regierung die Sozialdemokratie zerschellen werde, da erscholl von links der höhnische Zuruf „Kanalarvorlage“ — die allgemeine Heiterkeit, in die das Haus ausbrach, bewies, wie geringe Wirkungen die Mischung von Hofpredigers- und Hofmeisterston erzielt hatte, in der vom Regierungstische aus gesprochen wurde. Das totale Fiasco Posadowsky's schien auf seine anwesenden Kollegen abschreckend zu wirken; Otel Chlodwig dürfte seine einmemorierte Rede vergessen haben; Bressel und Lieberding ruhten auf ihren Lorbeeren von der ersten Lesung aus und der „neue Mann“, der neugeborene Minister des Inneren v. Rheinbaben, hüllte sich in düsteres Schweigen. Der sächsische Bundesrathsbevollmächtigte Graf Hohenthal betrog die oppositionelle Presse um den Agitationsstoff, den er sonst so freigebig auszuteilen versteht.

Die meisten Redner, die noch zu Worte kamen, begnügten sich kurz und bündig den zumeist ablehnenden Standpunkt ihrer betreffenden Fraktionen darzulegen. In musterhafter Kürze erklärte Wolfgang Heine, daß die Sozialdemokratie diesem Gesetze und allen Anträgen zu demselben gegenüber nichts als runde und nette Ablehnung haben kann, daß sie auch ablehnen muß, Anträge zur Sicherung des Koalitionsrechts in diesem Zusammenhang zu beraten. Mollenbuhre machte auf das eigenthümliche Verfahren der Regierung aufmerksam, die, um den Arbeitern das Koalitionsrecht zu kürzen, halb mit dem „Kontraktbruch“, halb mit dem Streikterrorismus arbeitet, und sich bei dem Bestreben, dasselbe Verlangen verschieden zu begründen, in die erbaulichsten Widersprüche verwickelt. Die Abgg. Köstke, der im Namen der freisinnigen Vereinigung sprach, und Bachem vom demokratischen Zentrumsflügel führten Herrn von Stumm in trefflicher Weise ab. Die Antisemiten fanden es nicht für nötig, eine Fraktionserklärung abzugeben; dagegen erklärte sich der Esslinger Köllinger für Ablehnung und bewies Wasser- mann, daß wenigstens er und ein kleines Fährlein spezieller Anhänger die schmachliche Fahnenflucht der nationalliberalen Mehrzahl nicht mitgemacht hatten. Der Abg. Richter machte in etwas sein bisher sehr zurückhaltendes Benehmen gegenüber der Zucht- hausvorlage gut; das famose Witzwort, daß er dem Posadowsky entgegenschleuderte, der den Reichstag zu meistern sich erdreistet hatte: „Der Reichstag braucht keinen Oberhofmeister“, fand den verdienten Beifall. Als der Graf-Staatssekretär zum zweiten Male zu sprechen und dem Reichstage mit der höchsten Ungnade der Regierung zu drohen für gut befunden hatte, ergriff auch Eugen Richter noch einmal das Wort und ertheilte mit der lakonischen Bemerkung „Wir haben keine Landräthe unter uns“ die gebührende Antwort.

Sehr ungerecht würde es sein, die Leistung des Herrn von Köstke zu übergehen; der Herr will die Zeit, die ihm noch vor Kassirung seines angefochtenen Mandats bleibt, tüchtig ausnützen. Mit furchtbarer Lungenkraft schimpfte er auf die Sozialdemokratie los, mehr als einmal überschlug sich seine Stimme.

So kam denn allmählich die Abstimmung herbei. Zunächst ward abgestimmt über den Abänderungsantrag des Freiherrn v. Stumm zum Antrage Büsing. Er wurde gegen die Stimmen der beiden konservativen Parteien und einiger Antisemiten abgelehnt. Dasselbe Schicksal widerfuhr dem Antrage Büsing selbst, für den nur seine Unterzeichner sich begeisterten. Nicht besser ward der Regierungsvorlage mitgespielt; ihre einzelnen Paragraphen fielen mit großer Mehrheit; kleiner und immer kleiner ward die Minorität: für den § 8, den Zuchthausparaphen, welcher der Vorlage den Namen gegeben, erhoben sich nur noch einzelne Konservative.

Die Antisemiten waren augenscheinlich zu keiner Klärung über das Gesetz gelangt. Bei den Abstimmungen erhob sich abwechselnd der Abg. Lohse und der Abg. Liebermann von Sonnenberg; der Abg. Werner suchte es allen recht zu machen, indem er sich zur Hälfte erhob.

Ein heiterer Zwischenfall ereignete sich noch bei dem § 11 des Gesetzes. Unter dieser ominösen Ziffer befand sich die Bestimmung, daß mit dem neuen Gesetze der

§ 153 der Gewerbeordnung aufgehoben sei. In ihrem blinden Eifer, der Regierung zu apportiren, was sie verlangt, stimmten einzelne Konservative für diesen § 11. Das erregte auf der Linken um so größere Heiterkeit, als man dort nur deshalb nicht für den sonst unansehnlichen § 11 gestimmt hatte, weil man eine dritte Lesung des Gesetzentwurfs auf alle Fälle verhindern wollte. Die Heiterkeit des Hauses steckte auch den Präsidenten derart an, daß er unserem Genossen Mollenbuhre einen ihm zugeordneten Ordnungsruf erließ.

So endete die Zuchthausvorlage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbotes“.)

Berlin, den 20. November 1899.

105. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf Posadowsky, Bressel, Lieberding, v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht die 2. Beratung des Entwurfs des Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses (Zuchthausgesetz).

§ 1 lautet: Wer unternimmt, durch körperlichen Zwang, Drohung, Ehrverletzung oder Verurtheilung Arbeitgeber oder Arbeitnehmer zur Theilnahme an Vereinigungen oder Verabredungen, die eine Erwirkung auf Arbeits- oder Lohnverhältnisse bezwecken, zu bestimmen oder von der Theilnahme an solchen Vereinigungen oder Verabredungen abzuhalten, wird mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so ist auf Geldstrafe bis zu 1000 M. zu erkennen.

Büsing, Köllner, Sattler und 21 andere Nationalliberale beantragen an Stelle dieses Paragraphen zu setzen:

Art. I.

Inländische Vereine jeder Art dürfen miteinander in Verbindung treten. Entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben.

Art. II.

Die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung sollen etwa folgende Fassung erhalten:

§ 152.

Alle Strafbestimmungen werden aufgehoben gegen Gewerbetreibende, Arbeiter u. s. w. wegen Vereinigungen, die eine Aenderung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bezwecken, insbesondere durch Streik oder Arbeiterentlassung.

§ 153.

Wer durch körperlichen Zwang, Drohung, Ehrverletzung, Verurtheilung oder rechtswidrige Wegnahme, Beschädigung von Arbeitsgeräth, Kleidungsstücken u.

1) Arbeitgeber oder Arbeitnehmer zur Theilnahme an Vereinigungen im § 152 bezeichneten Art bestimmt oder von der Theilnahme an solchen Verabredungen abhält,

2) zur Förderung einer Ausperrung Arbeitgeber zur Entlassung von Arbeitern bestimmt, oder an der Heranziehung und Einstellung solcher hindert,

3) Arbeiter zur Niederlegung der Arbeit bestimmt oder zu bestimmen versucht, oder an der Annahme oder Aufführung von Arbeit hindert,

4) Personen, welche nicht dauernd an einem Streik oder einer Ausperrung theilgenommen haben, deswegen aus der Arbeit herauszudrängen oder zu schädigen sucht,

wird mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft, oder bei mildernden Umständen mit Geldstrafe bis 300 M.

Eine Verurtheilung oder Drohung liegt nicht vor, wenn der Thäter eine Handlung vornimmt, zu der er berechtigt ist; insbesondere, wenn er besagter Weise Arbeit ablehnt, beendet oder kündigt.

Der Drohung wird es gleich geachtet, wenn Jemand in ungehöriger und belästigender Weise Arbeitgebern oder Arbeitnehmern auf den Straßen, Wohnungen, Arbeitsstätten, Bahnhöfe u. c. bewacht oder besetzt hält. Straffrei ist das Warten an diesen Orten lediglich zu dem Zwecke, Auskunft zu geben oder einzuziehen.

Für den Fall der Annahme des Antrages Büsing beantragt Freiherr v. Stumm, die Strafe von 3 Monaten auf 1 Jahr, von 300 M. auf 1000 M. zu erhöhen, und einzufügen (zwischen Absatz 2 und 3): Ist die Handlung gewohnheitsmäßig begangen, so tritt Gefängniß nicht unter 3 Monaten ein, und am Schluß hinzuzufügen: Zur Befolgung bedarf es keines Antrages.

Der Abg. Büsing führt aus, daß ein Theil seiner Freunde es nicht für richtig halte, sich rein ablehnend gegenüber der wichtigen Frage eines besseren Schutzes des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zu verhalten. Es sei nie ein Geheimniß gewesen, daß die nationalliberale Partei in dieser Frage nicht einig sei; aber die Partei sei stark genug, diese Meinungsverschiedenheit zu ertragen. (Bravo! bei den Nationalliberalen, Raufen bei den Sozialdemokraten.) Sein Standpunkt, aus der Regierungsvorlage den berechtigten Kern herauszuschälen, sei zweifellos wenig dankbar (Lachen links), aber er entpuppe den Anschauungen weiter Kreise (Raufen bei den Sozialdemokraten.) Weite Kreise hätten allerdings den Vorwurf erhoben, daß die Vorlage einseitig nur die Unternehmer-Interessen beobachte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er (Redner) halte diesen Vorwurf für unberechtigt, wie er überhaupt die Regierung gegenüber der Vorlage nicht verstehen könne. Er hebe der Frage vollkommen objektiv gegenüber und sei der Meinung, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht verkümmert werden dürfe. Beide Theile, Arbeiter und Unternehmer, müssen gleichberechtigt be-

handelt werden. (Lachen links.) Seine Partei würde nie die Hand dazu bieten, daß das Koalitionsrecht beschränkt werde. (Bravo! bei den Nationalliberalen, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Allerdings dürfte das Recht nicht zum Zwange für die Widerstreitenden werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Denn der Zwang hebe die Freiheit auf. Das Recht der individuellen Freiheit sei ein unveräußerliches Gut und das höchste Recht von allen. In Deutschland werde dieses Recht viel weniger gewürdigt, als anderswo, und er begreife nicht, daß die bürgerlichen Parteien, die sonst immer als Hüter der Freiheit auftraten, nicht diesen Grundstein der bürgerlichen Freiheit schätzen. Wird das Recht der persönlichen Freiheit nicht gewahrt, so bedeutet das den ersten Schritt zum sozialdemokratischen Zwangsstaat und es ist schwer verständlich, wie die bürgerlichen Parteien dazu mitwirken können. Daß die sozialdemokratische Partei die geschworene Gegnerin der individuellen Freiheit ist (Widerstand bei den Sozialdemokraten), beweist die Ausrufung eines sozialdemokratischen Abgeordneten, der Arbeiter, der sich von einem Streik ausschließt, sei ein verächtlicher Lump, gegen den alle Mittel des Zwanges und der Drohung erlaubt seien. Wir wollen weiter nichts als den Ausschluß jeden Zwangs aus den Arbeiterkämpfen der Gegenwart. Im übrigen lehnen wir die Regierungsvorlage ebenso ab, wie die große Mehrheit des Hauses. Daß wir den Antrag, betr. Aufhebung des Verbots des Inverbindungtretens von Vereinen an die Spitze gestellt haben, beweist, daß es sich nicht um eine Schwächung, sondern um eine Erweiterung des Koalitionsrechtes handelt. In § 152 verlangen wir statt der Worte „Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen“ die Worte „Einwirkung auf Arbeit- oder Lohnverhältnisse“. Dadurch wird der Kreis der erlaubten Vereine in einzelnen Staaten außerordentlich erweitert. Daß ein besserer Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses nötig ist, beweist der seit 30 Jahren bestehende § 153. Dieser genügt aber nicht, da er nur den Zwang zur Teilnahme an Verabredungen zur Erlangung günstigerer Lohnbedingungen trifft. Gerade diejenigen, die auf wirtschaftlichem Gebiete den Schutz der Schwachen predigen, müßten auch auf sozialem Gebiete dafür sorgen, daß die Schwachen — die Nichtorganisierten — geschützt werden vor den Starken — den Organisierten. Eine weitere Ausdehnung des § 153 sei notwendig, weil der alte § 153 nicht ausreicht und heute der Grobe Unfug-Paragraf herangezogen werden muß. Der bisherige § 153 richtete sich wesentlich gegen die Arbeitnehmer, des Redners Antrag stelle Arbeitgeber und Nehmer vollkommen gleich und fülle eine Lücke aus. Ueber das bisherige Strafmaß des § 153 hinauszugehen, wie der Antrag Stumm beabsichtigt, liege kein Anlaß vor. Sein (des Redners) Antrag folge im Wortlaut genau der Gesetzgebung Englands, und was in diesem angeblich freiesten Lande erträglich sei, werde auch bei uns ertragen werden können. Bei bejammelter Prüfung der Anträge werde man finden, daß diese eine Grundfrage werden, auf der sich eine Mehrheit im Hause wird finden lassen. (Sehr richtig bei den Nationalliberalen.)

Frhr. v. Stumm (Ab.): Ich kann die Anträge des Abgeordneten Basing im Großen und Ganzen acceptieren, nur erscheint mir ein wesentlicher Mangel, daß bei mildernden Umständen Geldstrafen eingeführt werden sollen. Das ist in vielen Fällen überhaupt keine Strafe, da die Straffaffen natürlich das Geld bezahlen werden. Durch die Basing'schen Anträge bezügl. des § 152 werden auch die gesammten sozialpolitischen Vereine der einzelstaatlichen Vereinigungsgesetzgebung entzogen, das kann ich nicht zugeben und ich werde beantragen, daß gesagt wird: „Vereinigungen, die Erreichung besserer Lohnbedingungen zc. bezwecken“. In der Kommissionsberatung, die durchaus notwendig ist, könnte man sich über die Fassung einigen. Ich bitte, die Vorlage an eine besondere Kommission zu verweisen und nicht die Gewerbeordnungs-Kommission, da die Vorlage zum Theil nicht in direktem Zusammenhange mit der Gewerbeordnung steht. Was die Regierungsvorlage anlangt, so bin ich im Gegensatz zur großen Mehrheit der Redner in der ersten Lesung der Ansicht, daß niemals eine gerechtfertigtere und auf bessere Gründe basirende Vorlage von der Regierung eingebracht worden ist, als diese. (Große Heiterkeit links.) Sehr richtig! rechts.) Die Vorlage ist durchaus maßvoll (erneute Heiterkeit links) und will nichts anderes, als Herr von Berlepsch im Jahre 1891 wollte. Seitdem haben sich die Fälle von Streikterrorismus um das Tausendfache vermehrt und ich verstehe daher nicht, daß die Vorlage jetzt von verschiedenen Seiten so geräuschelt wird. Sie wird mit juristischen Spitzfindigkeiten und Schlagworten bekämpft die an die Zeit der 48er Revolution erinnern (Heiterkeit links.) Das Gefühl vor der sozialdemokratischen Gefahr scheint in großen Kreisen verschwunden. Vor fünf Jahren wäre eine derartige Verbeugung vor der Sozialdemokratie unersucht und ganz unmöglich gewesen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten, sehr richtig! rechts.) Eine lebhafteste Protesterhebung ist gegen die Vorlage entfaltet worden. Dabei entfaltet die Sozialdemokratie zumal in den großen Städten einen Terrorismus, dem gegenüber der Arbeitgeber ein Kinderpiel ist. Jeder verständige Arbeiter, dem man objektiv die Vorlage vorlegt und dem man nicht weiß macht, daß ihm die Koalitionsfreiheit gewonnen werden soll, muß die Vorlage geradezu als Erlösung begrüßen. (Heiterkeit links.) Sehr richtig! rechts.) Es wären auch viel mehr Petitionen für die Vorlage einzulassen, wenn sich die Arbeiter besser gegen den sozialdemokratischen Terrorismus geschützt fühlen würden. Eines der beliebtesten Schlagwörter gegen die Vorlage ist: „Wir nehmen kein Ansehungsgeßes an.“ Die Regierung verlangt eine Erweiterung des allgemeinen Strafrechts und bringt die Umfugvorlage ein; aber da Jahre lang, das sind ja Kanthalsparagrafen, durch die auch andere Parteien getroffen werden können.“ Was soll da die Regierung machen? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Gar nichts! Große Heiterkeit.) Die Vorlage ist kein Ansehungsgeßes gegen die Arbeiter. (Unruhe links.) Dagegen haben wir im Invalidengesetz und in den Bestimmungen über die Sonntagsschließung eine ganze Reihe von Verordnungen, die geradezu den Charakter eines Ansehungsgeßes gegen die Arbeiter tragen. (Heiterkeit links.) Man hat gegen die Vorlage eingewandt, sie sei unanständig, weil der Grobe Unfug-Paragraf da wäre. Nach meiner Auffassung ist dieser häufig angewandt worden, ohne daß ratio legis (Grund, das Gesetz anzuwenden) vorlag. (Hört, hört!) Das soll ja gerade durch die Vorlage verhindert werden. Den Arbeitern muß der falsche Ehrbegriff genommen werden, daß sie glauben, ihre Schuldigkeit zu thun, wenn sie Zwangsmittel gegen die Arbeitwilligen anwenden. Jeder Arbeiter hat den natürlichen Wunsch, seinen Lohn zu erhöhen, aber ein geeignetes Mittel ist die Koalition als friedliche Verhandlung mit dem Arbeitgeber nicht. Jeder Unternehmer ist an sich gewohnt, billige Wünsche seiner Arbeiter zu erfüllen. Wie kann man den deutschen Arbeitgebern Egoismus vorwerfen, wo doch unsere ganze Sozialgesetzgebung aus der Initiative der Arbeitgeber hervorgegangen ist! Die Großindustrie hat am allerwenigsten Interesse an dem Gesetz; aber der Mittelstand, die Handwerksmeister, besonders im Handwerke, brauchen es dringend! (Sehr richtig! rechts.) Das Handwerk ist in seinem Existenzkampfe bedroht; so darf es nicht weiter gehen mit dem sozialdemokratischen Terrorismus! (Sehr richtig! rechts.) Bei diesem handelt es sich nicht immer nur um Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern um die politische Macht. Die Sozialdemokratie hat sich zu einem Staat im Staate entwickelt. Der letzte Parteitag hat bewiesen, daß es sich bei der Differenz nur um technische und persönliche Fragen handelt. Die Sozialdemokratie ist noch die alte und gewinnt nach wie vor Anhänger nur dadurch, daß sie sie vertritt und Unzufriedenheit über unsere Zustände verbreitet. Ich bin der Ansicht, daß sich drei Relationen gegenüberstellen. Die erste erstreckt den Kampf von Monarchie, Vaterland, Religion und Sittlichkeit. Die zweite lautet die Gefahr dieser Beziehungen nicht, läßt sie aber geschehen und läßt sie zu verteidigen. Die dritte endlich blüht der Gefahr klaren Auges entgegen; sie fordert, daß der Staat seinen Schutz mit allen Mitteln bekämpft und vor allen Dingen rasig arbeitwillige Arbeiter schützt gegen die Unterjochung durch demagogische Heber. Dieser dritten Anschauung haben ich und meine politischen Freunde stets angehört, selbst auf die Gefahr hin, daß unsere Stimme in diesem Hause ungehört verhallt. (Bravo! rechts.) Ich beantrage, die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen.

Die Abstimmung über den Antrag Stumm auf Kommissionsberatung wird sofort vorgenommen.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Mehrheit der Nationalliberalen, beider konservativer Parteien und der Antijemiten abgelehnt. (Große Bewegung.)

Dr. Lieber (Z) giebt die Erklärung ab, daß der vor den Ferien angekündigte Gegenentwurf des Centrums ausgearbeitet sei, in der Hoffnung, es werde die Zwischenzeit benutzt werden können, um das Koalitionsrecht im deutschen Reich zu sichern und auszubauen. In welcher Richtung der Gegenentwurf sich bewege, das erhalte aus der Stellung des Centrums zum bürgerlichen Gesetzbuch, zur Aufhebung des Verbindungsverbots politischer Vereine, zur Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und zu dem Centrumsantrage auf Errichtung von Arbeitskammern. Diese Hoffnung sei vollständig zerstückt. Für ihre Pläne sei weder die Mehrheit des Reichstags noch die Zustimmung der verbündeten Regierungen zu haben. Sie müßten demnach auf die Bewirkung ihrer Ziele vorläufig verzichten und damit entfielen auch jedes Bedürfnis einer Kommissionsberatung. (Beifall im Centrum und links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Bei anderer Gelegenheit hat der Vertreter einer großen Partei erklärt, es entspräche der Sittlichkeit des Hauses, in eine Kommissionsberatung zu willigen, wenn diese von einer großen Partei beantragt werde. Diese Sittlichkeit des Hauses hätte auch einer Sittlichkeit gegenüber den verbündeten Regierungen entsprechen. (Große Unruhe links.) Lieber (Z): Zur Ordnung. Singer (mit erhobener Stimme): Das ist doch Sache des Reichstags. (Große Unruhe rechts.) Sie werden mir doch gestatten, meine Ansicht zu sagen. Wir Minister lassen uns von der Sozialdemokratie noch lange keinem Koalitionszwange unterwerfen. (Bravo rechts!) Singer: Dann kritisieren Sie nicht die Geschäfte des Hauses. (Gegen die einzelnen Bestimmungen der Vorlage, besonders gegen ihre Tendenz kann nichts eingewendet werden. England, die Vereinigten Staaten haben schärfere Gesetze, um die Arbeitwilligen zu schützen. Da trotzdem der Entwurf einer Kommissionsberatung nicht für würdig erachtet ist, habe ich keine Lust, die stenographischen Aufzeichnungen umfangreicher zu gestalten. Nur einige Bemerkungen: Der Kernpunkt der Vorlage ist der, daß die Arbeiter gegen den maßlosen Terrorismus durch Streikposten geschützt werden sollen. Als ich in der ersten Lesung behauptete, in England sei das Streikpostenwesen überhaupt verboten, rief mir Abg. Langemann zu: Paffen Sie ein mit ihrer englischen Gesetzeskenntnis. Ich will nicht auf das Plateau des Abg. Langemann herabsteigen, sondern nur konstatieren, daß er sich in grobem Irrthum befindet hat. — Wir bestehen nicht auf allen Einzelheiten des Entwurfs, sind gerabereit in Verhandlungen einzutreten. Statt dessen lehnen Sie den Entwurf a limine ab. Mit der Sozialdemokratie rechte ich nicht darüber, aber einige Pressorgane verkünden laut, die Sozialdemokratie habe sich gemauert. Ich habe mich bemüht, deshalb festzustellen, was im wissenschaftlichen Sprachgebrauch das Wort „mauern“ bedeutet. Mauern ist jener Vorgang bei den Thieren, wo sich die alten Gewebe abblößen oder abstoßen. In Hannover waren im Gegenheil die sich bildenden neuen Gewebe in Gefahr abgelöst und abgestoßen zu werden. In Hannover hat die Sozialdemokratie erklärt, am alten Endziel festzuhalten (Abg. Singer: Sehr richtig! Große Heiterkeit) und hat der bürgerlichen Gesellschaft den Vernichtungskrieg erklärt. (Sehr richtig! rechts.) Die Regierung wird sich aber durch keine Verhandlungen im Hause, auch nicht durch die Haltung der Sozialdemokratie abhalten lassen, für die Arbeiter zu thun, was sie aus sittlichen Gründen für notwendig hält. Es giebt aber bürgerliche Parteien, die bei jedem sozialpolitischen Ausbruch: Repressionsmaßregeln können wir erst bewilligen, wenn alle berechtigten Wünsche der Arbeiter erfüllt sind. Wenn die Regierung nun sieht, wie die Koalitionsfreiheit gemißbraucht wird, so ist es wohl zu verstehen, wenn sie erst die Arbeiter vor diesen Mißbräuchen schützen, dann erst erwägen will, wie auf der andern Seite größere Freiheiten gewährt werden können. (Auf links: Umgekehrt.) Darüber werden wohl alle mit mir einig sein, daß es unmöglich ist, Fragen so diffiziler, subtiler Natur im Plenum zu erörtern. Ich weiß nicht, ob politische Erwägungen die Mehrheit zur Ablehnung der Kommissionsberatung bewegen haben. In diesem Beschlusse können die Regierungen aber nur ein bedenklisches Zeichen erblicken. (Große Unruhe.) Ob die Sozialdemokratie zum Schaden des Vaterlandes zunimmt, das wird in erster Reihe von der Stärke und dem Selbstbewußtsein der verbündeten Regierungen abhängen (Lebhafte Rufe links: Kanalvorlage), dann aber auch von der sittlichen Kraft und Geschlossenheit, mit der die bürgerlichen Parteien der Kampf gegen den Umsturz aufnehmen. (Lebhaftes Bravo rechts, lebhaftes Hüchen links.)

Während des letzten Theils der Rede des Abg. Basing ist der Reichskanzler Fürst Hohenlohe erschienen.

Dem Abg. von Stumm ist ein Antrag eingelaufen, in Punkt 4 des Antrags Basing vor den Worten „theilgenommen haben“ die Worte „theilnehmen oder“ einzuschließen.

Heine (SD): Wie die Dinge sich jetzt hier entwickelt haben, glauben meine politischen Freunde, daß wir unsere Pflicht verletzen würden, wenn wir hier noch lange Worte machten. (Sehr richtig! links.) Das deutsche Volk will wissen, wie es mit diesem Gesetze daran ist, je eher desto besser und würde lange Debatten nicht verzeihen. Bei den vielen gesetzgeberischen Aufgaben, die uns noch bevorstehen, ist es zudem sehr vorthelhaft, wenn wir mit diesem Gegenentwurf möglichst bald reiner Tisch machen. — Wir haben auch Wünsche hinsichtlich der Ausbildung des Koalitionsrechtes und seiner Sicherung gegen allerlei Beeinträchtigungen, die heute das Koalitionsrecht der Arbeiter nur auf dem Papier vorhanden sein lassen. Aber auch diese Wünsche stellen wir für heute zurück. Der Boden dieser Vorlage, die eine so allgemeine Entzweiung in der Arbeiterbevölkerung hervorgerufen hat, ist nicht der Boden auf dem wir über die Erweiterung der Rechte des Volkes verhandeln können. Erst dies weg! Dann können wir über das andere reden. Wir verzichten nur so leicht auf das Wort für heute, weil ja unsere Ansichten und Wünsche für Erweiterung des Koalitionsrechtes und die gegen den impotirenden Einbruch, den diese Abweisung eines Scharfsmoderats im Lande hervorbringt, abzurufen, wenn wir auch nur ein Wort hinzusetzen. Darum sage ich einfach Namens meiner Freunde: Wir werden die Vorlage und alle dazu vorliegenden Anträge ablehnen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

v. Loebell (K): Nach der eigenhändigen und aberwählenden Art, wie hier der Antrag auf Kommissionsberatung abgelehnt worden ist, könnte ich mich auch auf eine kurze Erklärung beschränken. Ich will aber vor dem Hause und vor dem Lande einen Standpunkt hier näher präzisieren. (Oh-Rufe links.) Die Opposition hat in ihren Reden über den Gegenentwurf nie gesagt, wie denn nun eigentlich der Schutz der Arbeitwilligen zu bewerkstelligen sei, dessen Nothwendigkeit von den verschiedensten Seiten zugestanden worden ist. Die Regierung darf unmöglich mit verächtlichen Armen zusehen und dulden, daß die organisierte Minderheit der Arbeiter die unorganisierte Mehrheit der Arbeiter in geradezu schmachvoller Weise teregenwältigt. (Sehr richtig! rechts.) Gelächter und Widerspruch links.) Wir Konservativen hätten vielleicht der Regierungsvorlage nicht so freudig zugestimmt, wenn wir nicht überzeugt wären, daß gerade in den Kreisen der arbeitwilligen, unorganisierten Arbeiter dieselbe begeisterte Zustimmung gefunden hat. (Heiterkeit und Widerspruch.) Eine Fülle von Material liegt vor. Bei der Beratung des nationalliberalen Antrages wird sicher die Rede auf den Ausbau des Koalitions- und Vereinsrechtes kommen.

Ich will hier keinen Zweifel darüber lassen, daß wir Konservativen für kein Vereinsrecht zu haben sind, welches nicht Bestimmungen gegen staatsfeindliche Vereine enthält. (Hört! hört! links.) Mit diabolischer Geschicklichkeit hat die Sozialdemokratie auch die Arbeiterkämpfe benutzt, um ihre politische Macht zu vergrößern. Wir haben immer betont, wie bedenklich es ist, die Arbeiter an der Wahl der Versicherungsbehörden usw. theilnehmen zu lassen. Wir müssen die offene, hilfsbereite Hand dem armen, ehrlichen Arbeiter entgegenstrecken, aber dem frevelhaften Umsturz die gepanzerte Faust mit dem schreckenden Schwerte. (Bravo! rechts.) Hul hul und Unruhe links.) Der Staat darf nicht erst eingreifen, wenn das Feuer ausgebrochen ist, sondern er hat dafür zu sorgen, daß es nicht erst ausbricht. Im Kampfe gegen die Sozialdemokratie müssen sich alle Elemente zusammenschließen, deren Devise ist: „Fürchte Gott und ehre den König!“ Der Kampf gegen Wänsen und Unglauben ist unanzweifelhaft; aber wir werden siegen! (Lebh. Bravo! rechts.) Ironisches Bravo! links.)

Richer (SP): Der Herr Staatssekretär meinte, es entspräche nicht der Sittlichkeit des Hauses, einen Gegenentwurf, der von einer größeren Partei unterstügt würde, nicht an die Kommission zu verweisen. Ich stehe demgegenüber fest, daß es der Sittlichkeit dieses Hauses nicht entspricht, daß ein Mitglied der Regierung sich in die formellen geschäftlichen Angelegenheiten des Reichstags mischt. (Sehr richtig! links.) Einen Oberhofmeister braucht der Reichstag nicht. (Sehr richtig! Große Heiterkeit links.) Die große Mehrheit des Reichstages kann sich in einer so hochpolitischen Frage ihre Taktik nicht von einer einzelnen Partei vor schreiben lassen. Da die schon ohnehin sehr belastete Session noch mehr belastet wird durch die persönlichen Eingebungen in der Flottenvorlage (Sehr gut links.), ist es natürlich nicht angebracht in Kommissionsberatungen einzutreten, die voraussichtlich anlaufen würden wie das Nürnberger Schicksal. Der Herr Staatssekretär sagt, er sieht ein bedenklisches Zeichen. Meine Herren, die sehe ich schon lange. (Sehr gut, große Heiterkeit links.) Wenn auf die Initiative von Triumpfsprüchen hin, solche Gegenentwürfe ausgearbeitet werden, von denen man im Voraus weiß, daß sie zu den Anschauungen der großen Mehrheit des Reichstages in Widerspruch stehen, so verdienen solche Gegenentwürfe gar keine andere Behandlung. (Lebh. Beifall links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Es hat mir ferngelegen, mich in die Geschäfte des hohen Hauses zu mischen. Ich glaube, nachdem ich sechs volle Jahre in durchaus freundlicher und friedlicher Form mit dem hohen Hause verkehrt habe, wird jeder Mensch wissen, daß es mir vollkommen fernliegt, irgendwie Konfliktsituation herbeizuführen zu wollen, zumal ich recht gut weiß, daß es zwecklos ist. Dies Gesetz ist durchaus nicht infolge einer gelegentlichen Aeußerung entstanden. Bereits im Jahre 1890 ist ein ähnlicher Antrag vom Hause abgelehnt worden und die Regierung hat damals erklärt, daß sie mit einem derartigen Gesetz wiederkommen werde. — Ehe dies Gesetz erschien, wurde von den verschiedensten Parteien über den Terrorismus gegenüber den nichtorganisierten Arbeitern geklagt, nun kommen wir mit einem solchen Gesetz, sind bereit, über jeden einzelnen Paragraphen zu verhandeln und das Gesetz wird einmal der Ehre einer Kommissionsberatung gewürdigt. Das ist ein schlimmer Vorgang in der deutschen parlamentarischen Geschichte und er muß rückwärts auf das Verhältnis zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reichstag. (Lachen links.)

Rösicke (Widb.) giebt im Namen der freijüngerigen Vereinigung die Erklärung ab, dieselbe verzichte auf eine weitere Beratung der Vorlage.

Wolkenbühr (SD). Auch ich verzichte auf jedes weitere Eingehen. Dem Herr Staatssekretär erwidere ich, daß sich die Regierung über unser Verhalten durchaus nicht zu wundern braucht. Frühere ähnliche Vorlagen waren angeblich immer gegen das verdrückliche Contractbrechen gerichtet. In dieser Vorlage steht nichts vom Contractbruch. Jetzt kommt man mit fast gleichen Vorschlägen, um angeblich ganz andere Zwecke zu erreichen. Damit geschieht die Regierung ein, daß sie früher, als sie den Contractbruch in den Vordergrund stellte, die Unwahrheit gesagt hat. (Unruhe rechts.) — Auch die letzte Rede des Herrn v. Loebell macht keine Erweiterung unserer Rechte möglich. Wir brauchen sie nur im Lande zu verbreiten, um Stimmung gegen die Scharfmacher zu erwecken. (Beifall b. d. Soziald.)

Noeltinger (Gfässer). Meine politischen Freunde schließen sich vollständig den Erklärungen des Herrn Abg. Dr. Lieber an und lehnen die Vorlage, sowie alle Anträge ab. (Beifall links und im Centrum.)

Bassermann (N.) Ich habe für einen Theil meiner politischen Freunde die Erklärung abzugeben, daß wir sowohl die Vorlage wie die Anträge ablehnen. Zur Begründung dieses Standpunktes verweise ich auf meine Ausführungen aus der ersten Lesung. (Beifall links und im Centrum.)

Richer (SP): Der Herr Staatssekretär meinte, das Verhalten des Reichstags würde nicht ohne Rückwirkung bleiben auf das Verhältnis der verbündeten Regierungen zum Reichstage. Ich erinnere Sie nur an eine ganz ähnliche Erklärung der Regierung im preussischen Landtage bei Beratung der Kanalvorlage. (Sehr gut links.) Wir haben aber keine Landräthe unter uns! (Große Heiterkeit.) Außerdem scheint ja auch die Regierung, wie Signora zeigt, mit der Rechte wieder ganz gut Freund zu sein. (Lebh. Beifall und große Heiterkeit.)

Damit schließt die Diskussion.

In der Abstimmung wurden zunächst die sämtlichen Abänderungsanträge Stumm zum Antrage Basing gegen die Stimmen der Konservativen und Antijemiten abgelehnt.

Desgleichen der Antrag Basing gegen die unterzeichneten Nationalliberalen.

Die einzelnen Paragraphen der Regierungsvorlage werden der Reihe nach gegen die Stimmen der Konservativen und einiger Antijemiten abgelehnt.

Für den Zuchthausparagrafen (S 8) stimmen nur einzelne Konservative.

§ 11 der Vorlage lautet: Der § 153 der Gewerbe-Ordnung wird aufgehoben. Auch hierfür erheben sich nur die Konservativen, sodas vom Gesetz nichts übrig geblieben ist. (Stürmische Heiterkeit und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten. Rufe rechts: Klein Kinder!)

Präs. Graf Ballestrem: M. H., das Händeklatschen ist in deutschen Parlamenten nicht üblich.

Die vom Gesetz vorliegenden Petitionen werden durch die gestellten Beschlüsse (Heiterkeit) für erledigt erklärt.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (3. Lesung des Schulverschröbungsgeßes, der Postnovelle, der Fernspreckgeßes, der Fernspreckgeßes, der Fernspreckgeßes, der Fernspreckgeßes.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der neue Reichshaushalts-Etat ist jetzt in allen seinen Theilen dem Bundesrath zugegangen. Die noch unerledigten Spezial-Etats kommen am Donnerstag zur Beratung im Bundesrath, so daß der Etat Freitag oder Sonnabend dem Reichstag zugehen dürfte. Der Etat balancirt mit 2 058 121 551 Mark. — Die fortwährenden Ausgaben betragen im Ganzen 1 783 045 498 Mk., die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats 195 877 642 Mk., des außerordentlichen Etats 79 198 411 Mk. — Die nach dem Etat durch Aufnahme einer Anleihe zu deckenden Beträge von zusammen 76 198 411 Mark bilden in herkömmlicher Weise den Gegenstand

eines besonders zur Vorlage kommenden Anleihegesetzes. Es sind dies Forderungen für die außerordentlichen Bedürfnisse des Reichsheeres, der Marine und der Reichseisenbahnen. — Wegen der Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen soll wieder ein besonderes Gesetz ergehen.

Von einem schweren Grubenunglück meldet der „Ober-schlesische Wanderer“: Sonntag Abend um 6 Uhr brach in der Ludwiggüldgrube bei Fabrze Feuer aus. Zwölf auf der Strecke arbeitende Leute werden vermisst. Bergwerksdirektor Koll und Obersteiger von Thun fuhren zu Rettungsversuchen ein, beide wurden aber durch Brandwunden schwer verletzt und in das Lazarett geschafft. Der zweite Schacht und der Wasserhaltungsschacht mit Maschinen sind ausgebrannt, der Förder-schacht ist erhalten. — Die Katastrophe entstand durch Entzündung von Grubengas unter Tage. Das Schicksal der unter Tage befindlichen 12 Bergleute scheint unabwendbar zu sein. Abends gegen 10 Uhr kam das Feuer durch den aus Holz gezimmerten Schacht zu Tage und setzte das Förderhaus, den Förderturm und die umliegenden Gebäude in Brand. Es wurde das Alarmsignal gegeben, und die Feuerwehren der benachbarten Ortschaften versuchten bisher vergeblich, das Feuer zu löschen. Bis Montag Mittag war das Feuer noch nicht gelöscht, und in Folge dessen konnte keinerlei Beobachtung über das Schicksal der in der Grube eingeschlossenen gemacht werden. Alle in der Grube befindlichen Bergleute, deren Zahl 12 beträgt, sind Familienväter. Ferner befinden sich 26 Pferde in der Grube.

Scharfmacher - Zynen. „Der Ober-Polizeiminister läßt morgens eine Bekanntmachung anschlagen, daß bis Mittag sämtliche Streikende die Arbeit wieder aufnehmen haben, widrigenfalls sie „verschickt“ und die Rädele-führer ins Gefängnis geworfen würden. Als Antwort darauf kündigten noch mehr Arbeiter den Streik an. Da traten Polizei und Kosaken in Aktion. Ohne daß ein Fall öffentlicher Ruhestörung vorgekommen, wurden die Arbeiter mit Kosakenpeitschen und Gewehrkolben in die Fabrikhöfe getrieben. In den Höfen wurden die Männer in Ketten geschlossen, die Frauen und jungen Mädchen aber mit Stricken an die Pferde gebunden und dann mit Vieben in das Gefängnis hineingezogen. So wurden mehrere Hunderte in den Warschauer Gefängnissen untergebracht, während über 2000 unter Polizeibegleitung nach ihren Geburtsorten, zum Theil aber nach den Industriegebieten Südrusslands, in denen sogenannte Leutenoth herrschte, geschafft wurden. Fluchend und jähnekränzend angesichts dieser himmelschreienden Gewaltthaten kehrten die Arbeiter am darauffolgenden Tage zur Arbeit zurück. Auch das Schicksal des Grubenarbeiterstreiks in Dombrowo, an dem über 15 000 Arbeiter theilnahmen, nahm einen ähnlichen Verlauf. Wie ein Bergmann, der nach zweimonatlicher Gefangenschaft wieder entlassen wurde, berichtet, äußerte zu mehreren Arbeitern bei ihrer Verhaftung einer der Polizeibeamten, nur der Mangel an Gefangnissen im Gouvernement Petrikau verhindere es, daß nicht alle „Aufwiegler“, d. h. sämtliche streikenden Arbeiter, hinter Schloß und Riegel gesetzt würden.“

So schildert das Warschauer Arbeiterblatt „An der Schwelle“ die Beendigung des großen Streiks in Warschau.

Und so müssen die Arbeiter beschaffen sein. Die bündlerische „Zede-Zig.“ erzählt mit sichtlichem Behagen:

„Die Dampfer des Norddeutschen Lloyd, welche auf der Linie Ostasien fahren, haben als Heiz-, Kohlenzieher uim. jetzt vielfach Chinesen an Bord und macht das Leben und Treiben derselben auf die Europäer immer einen bekümmenden Eindruck. Nach den Schilderungen der Vorgesetzten sind die Leute willig zur Arbeit, sie weichen nicht von dem Plage, der ihnen angewiesen ist, dabei sind sie so genügsam, daß die Beköstigung derselben, im Verhältnis zu den Ansprüchen der Europäer, sehr bescheiden zu nennen ist. Uebrigens bereiten sie ihre Mahlzeiten selbst und betrachten die Abfälle aus der Küche des Dampfers, als Köpfe und Beine, selbst Eingeweide von Geflügel, wie auch die diversen Abfälle von Fischen etc. als besondere Delikatessen. Wenn sie solche Beerdigungen erhalten können, so schmoren sie während der Zeit, wo sie keinen Dienst haben, in einem fort. Als Beilage erhalten sie monatlich ungefähr 30 Mk., während Europäer 60 bis 65 Mk. erhalten. An Kraftleistungen stehen sie durchgehends den Europäern nach, doch soll es nie vorkommen, daß man sie betrunknen sieht, und vermeiden sie den Genuß von Spirituosen durchaus, wogegen das Rauschen von Opium, wenn es ihnen irgend zu Gebote steht, sehr gern ausgeübt wird. Für „Landratten“ ist es interessant, den Verkehr an Bord zwischen den Vorgesetzten und Chinesen zu beobachten. Unter den ca. 40 Chinesen eines Dampfers, welche im Heizraum etc. thätig sind, haben drei Mann, welche mit Nummer 1, 2 oder 3 gerufen werden, die Befehle entgegen zu nehmen und vertheilen die Arbeiten, welche stets so automatisch ausgeführt werden, als ob es von Figuren wäre. Treffen sie einen ihrer Vorgesetzten an Land, was sie fast nur in größeren Trupps betreten, so kommandirt Nr. 1 bis 3, wie etwa ein Unteroffizier bei uns die Soldaten, und begrüßen den Vorgesetzten in der höflichsten Weise, indem sie Front machen. In China erhalten diese Leute, nach unserem Gelde, etwa 30 Pf. Tageslohn.“

Solche Zustände gefallen den Scharfmachern à la Stumm.

Kleine politische Nachrichten. Für die Reichstags-erwahl in Gernersheim an Stelle des verstorbenen national-liberal-bündlerischen Abg. Sander hat sich der Gutsbesitzer Lichtenberger in Speyer nach dem „Berl. Neuesten Nachr.“ zur Uebernahme der bündlerisch-national-liberalen Kandidatur bereit erklärt. — Die Beratungen über die beiden Postnovellen sollen vom Reichstage so beschleunigt werden, daß die Reformen noch rechtzeitig am 1. Januar 1900 in Kraft treten können. — Unmittelbar nach der gestrigen Abstimmung im Reichstag über die Buchthausvorlage wurde vom Reichsamt des Zaren an den Kaiser nach England eine Depesche geschickt, worin ihm das Ergebnis der Abstimmung mitgeteilt wurde. — Der „Nieder-schlesische Anzeiger“ in Glogau ist mit Beschlag belegt worden wegen angeblicher Majestäts-beleidigung, die in einem Leitartikel der Sonntagsnummer enthalten sein soll in der Betrachtung über den Brief des Oberhof-

meisters der Kaiserin an die Berliner Stadtverordnetenversammlung. — Der „Ulk“ hat nach der Verurtheilung von Dreyfus in Rennes ein Gebicht veröffentlicht: „Die feige That von Rennes.“ Die Staatsanwaltschaft hat es abgelehnt, dem Antrag auf Strafverfolgung dieses Gebichts Folge zu geben. Nach der „Germ.“ hat nunmehr der Oberstaatsanwalt den Ersten Staatsanwalt in Berlin veranlaßt, gegen den „Ulk“ die öffentliche Klage zu erheben. — Die „Nat.-Zig.“ erfährt, der Disziplinardienst in Sachen des Privatdozenten Dr. Arons zu dem Gutachten, daß ihm die Erlaubniß zum Halten von Vorlesungen zu entziehen sei. Die Entscheidung steht dem Staatsministerium zu. — Das Berliner Landgericht verhandelte Montag abermals in Sachen Ella Golt gegen die Reichsbank. Letztere hatte Ansprüche auf die bei Ella Golt gefundenen Wertpapiere im Betrage von 80 000 Mark erhoben. Die Verhandlung ergab, daß die Reichsbank verurtheilt wurde, anzuerkennen, daß die streitigen Papiere Eigentum der Klägerin seien. — Die Verhaftung des Berliner Eisenwerklers Edmann in Spandau ist nach der „Post“ erfolgt, weil er mit der türkischen Regierung betreffs einer Waffenfabrik in Verbindung getreten ist. Er hatte seine in den preussischen Militärverdiensten erworbenen Kenntnisse benutzt und einen Plan für eine solche Fabrik an die türkische Regierung eingeschickt, welche Edmanns Eigenschaft als Soldat nicht kannte. — Der frühere Reichsgerichtsrath Otto Mittelstädt hat sich nach dem „Berl. Tagebl.“ in einem Hotel in Rom am Sonnabend erschossen. In einem Abschiedsschreiben erklärte er, daß ihm das Leben unerträglich geworden sei. Er halte in Rom vergeblich Linderung von einem schweren nervösen Leiden gesucht. — Auf Samoa hat der Oberrichter Chambers seine Entlassung eingereicht. Das war selbstverständlich nach der Abtretung der Inseln an Deutschland.

Frankreich.

Das große Denkmal „Triumph der Republik“ ist am Sonntag in Paris mit großem Pomp auf der Place de la Nation in Gegenwart des Präsidenten Loubet und des Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau enthüllt worden. Umgeben von den Ministern (darunter Millerand), Senatoren, Deputirten und Gemeinderäthen, wohnte Präsident Loubet dem Vorbeimarsch von mehreren hundert Korporationen, Abordnungen der Arbeiterschaft und Schulen u. s. w. bei, die dem Präsidenten und den Ministern Huldigungen darbrachten. Ein Zwischenfall ereignete sich, als die Polizei eine rothe Fahne, welche einer Gruppe voraufgetragen wurde, beschlagnahmte. Es kam zu einem Aufruhr, wobei mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden. Auch wurden vereinzelt Hochrufe auf die Sozialdemokratie laut. Um halb 3 Uhr hatte Loubet den Platz verlassen, um halb 7 Uhr war der Vorbeimarsch der Vereine noch nicht beendet. Abends fand im Rathhaus ein Festmahl der Bürgermeister aus dem ganzen Lande statt, bei dem Waldeck-Rousseau in seiner Festrede ausführte: Die republikanische Staatsform sei die Frankreich vom Schicksal bestimmte. Das, was die Revolution geleistet habe, umfasse alle großen philosophischen, politischen und sozialen Reformen, die das 19. Jahrhundert durchzuführen sich bemüht habe und ihr Vermächtniß an das nächste Jahrhundert sei die Aufgabe, die volle Entwicklung dieser Reformen zu vollenden. Der Minister schloß seine Rede mit den Worten: „Im Gefühl tiefster Dankbarkeit für das von unseren Vätern vollbrachte Werk und mit unerschütterlichem Vertrauen zu dem Werke der Zukunft toastete ich auf das moderne Frankreich, auf seine Bestimmung, ferner darauf, daß die Aufgabe Frankreichs in der Geschichte und in der Menschheit durch die Republik erfüllt werde, und auf den Triumph der Prinzipien der Revolution.“ Der Präsident des Stadtraths, Lucipia, feierte das republikanische Frankreich, von welchem dem Menschengeschlecht die Befreiung kommen werde.

Gegen Mitternacht wurden einige Anarchisten, welche auf der Place de la Nation Rufe „Nieder die Armeel! Es lebe die Anarchie!“ ausließen, verhaftet. Außerdem wurden nach der „Petite Republique“ dreißig Personen verhaftet, da sie der Aufforderung, weiter zu gehen, nicht nachkamen.

Was hat der letzte Dreyfus-Prozess gekostet? Man berichtet aus Paris: Die Antwort auf die Frage nach den Kosten des Prozesses von Rennes giebt die Kostennotiz, die an Monsieur le capitaine Dreyfus (dieser Titel ist auf derselben voll ausgeschrieben) nach Carpentras übersandt worden ist. Die Note beläuft sich auf 20,847 Francs 07 Centimes und weist an Einzelposten auf: Justizkosten, Zeugen-, Sachverständigen- und Dolmetschgebühren für die Personen, die in diesen Eigenschaften im Prozesse verhört wurden 20 823 Fr. 07 Kosten des Urtheils des Kriegsgerichts 12 „ — Kosten der Entscheidung des Revisions-rathes für die Erklärung der Nichtberufung 12 „ — 20 847 Fr. 07

Jeder aktive General, der als Zeuge vernommen wurde, soll ungefähr 800 Francs Gebühren erhalten haben.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatz. Das Märchen von Joubert's Tode wird jetzt endlich preisgegeben. Es hat eine Weile als Trostspender gewirkt, jetzt meldet man, Joubert stehe vor Pietermaritzburg. Ob man sich den Fall von Ladysmith aus diesem Umfange selbst zurecht kombinieren soll? Andersfalls wäre die Hauptarmee der Buren unter Joubert nicht für den Vorstoß bis Pietermaritzburg verfügbar. Der Burenführer Botha wird gar halbirt. Am Sonnabend noch wurde er als Kommandant der Belagerungstruppe vor Mafeking genannt, heute steht er vor Eitfontein! Was ist da aus Mafeking geworden? Aber ebenso geht es mit Buller. Auch er sitzt an zwei Stellen zu gleicher Zeit und an zwei recht weit auseinander liegenden. „Daily Mail“ läßt ihn vor Pietermaritzburg erscheinen, wo ihn Joubert mit 10 000 Buren erwartet. „Daily News“ schreiben ihm zu, er treffe in De War ein, um Kimberley zu entsetzen. Nützlich mag er an beiden Stellen sein, wirken kann er aber nur an einer; in Wahrheit ist er an keiner von beiden. Nach De War ist die Bahn zerstört, nach Durban braucht er von Kapstadt 5 Tage. In Kapstadt war er aber noch am Donnerstag, wenigstens sollte er damals von dort telegraphirt haben. Eine heillose Schwärzungsverwirrung! Danach mag man auch die Glaubwürdigkeit eines Reutersgramms aus

Orange River-Station ermessen, welches, vom Donnerstag datirt, lautet:

Das Yorkshireregiment und ein halbes Bataillon des Northamptonregiments sind hier eingetroffen und sehen aber den Drangestoff. Diese Streitmacht würde natürlich am andern Ufer prompt abgefangen werden, namentlich da sie nicht einmal Geschütze zur Deckung des Uebergangs besitzt. Ueber die Kämpfe in Natal liegen noch folgende Nachrichten vor: Die Londoner Abendblätter veröffentlichen eine aus Eitfontein vom 20. November datirte Depesche, worin es heißt: Am 15. November hat bei Ladysmith ein Kampf stattgefunden, der von Tagesanbruch bis 2 Uhr nachmittags dauerte. An dem Kampfe war nur Infanterie theilgenommen; viele Buren wurden getödtet und eine erhebliche Anzahl gefangen genommen. (Und die Engländer, hatten sie gar keine Verluste?) — Aus Eitfontein meldet das Reuters Bureau vom Montag: General Joubert rückt nach dem Süden vor. Major Trencherost mit Infanterietruppen geriehet in der letzten Nacht bei Willow Orange mit einem Theile der feindlichen Truppen ins Gefecht; zwei Buren fielen.

Vom südlichen Kriegsschauplatz wird gemeldet: Nach einer neueren Meldung der Reuters Bureau aus Kapstadt vom 15. November haben die Buren Burghersdorp bisher nicht besetzt, jedoch eine Proklamation erlassen, in der es heißt, daß sie das Leben und Eigentum der Bewohner schonen wollen. Ferner meldet dasselbe Bureau aus Kapstadt unterm 15. November: In den Distrikten Collesberg, Steynsburg, Albert, Wolterus, Alimal North, Mosehous, Gengrey, Queens-town und Cathcart wurde das Kriegrecht verkündet; ferner wurde eine Proklamation erlassen, die die Bewohner ermahnt, der Proklamation der Regierung des Orange-Freistaates keine Beachtung zu schenken, durch die einzelne Theile der Kolonie für Freistaatgebiet erklärt werden. Gouverneur Milner gestattete durch eine Proklamation die Suspension der Abgaben auf gefrorenes und frisches Hammelfleisch, auf Ochsenfleisch und eingeführtes Schlachtvieh. Die telegraphische Verbindung mit der Stadt Jamestown ist seit Sonnabend abgebrochen.

Nach einer Meldung aus Pretoria erhielt Präsident Steiun eine Depesche des Richters Herzog mit der Meldung, daß er gemäß seiner Instruktion die Orte Barkly West, Douglas und Griquatown in Besitz genommen und dort eine Verwaltung eingerichtet habe.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 21. November.

Zur Bahnhofsfrage hat die Bürgerschaft in der gestrigen Geheim Sitzung den von Senat und Ausschuß empfohlenen Antrag angenommen, daß zum Zwecke der Berathung und Mitgenehmigung der wegen Verlegung des Bahnhofs, sowie wegen Umgestaltung der Eisenbahn-anlage in Lübeck und der Bahnstrecke zwischen Lübeck und Schwartau, wegen der Hafen-, Kanal- und Industrie-gleise bei Lübeck, sowie wegen des Baues und Betriebes einer Eisenbahn von Lübeck nach Schlutup abzuschließenden Beträge insbesondere auch zur Mitgenehmigung der Höhe der staatsseitig zu gewährenden Geldbeiträge, eine Geheimkommission ernannt werde, welche für diese Angelegenheiten, die dem Bürgerausschusse wie der Bürger-schaft zustehenden Befugnisse ausüben hat, insoweit nicht etwa von der Bürgerschaft die Vollmacht der Kommission beschränkt werden sollte. Die Zustimmung erfolgte mit der Beschränkung, daß sich die Bürgerschaft die Genehmigung der von der aus 25 Personen bestehenden Geheimkommission gefaßten Beschlüsse vorbehält.

Eine gut besuchte öffentliche Bäder-Versammlung tagte am Sonntag, den 19. November in der „Tonhalle“ mit der Tagesordnung: 1) Hat unsere Bewegung „Arbeitgeber“, Aussicht auf Erfolg? 2) Befugnisse resp. Pflichten des Gesellen-Ausschusses. Da von den hiesigen Referenten keiner zu bekommen war und unser Haupt-vorstand durch wichtige Geschäfte verhindert war, zu erscheinen, erklärte sich der Genosse Mengels bereit, das Referat zu übernehmen. In längerem, recht sachlichem Vortrage erledigte sich Genosse Mengels seiner Aufgabe und erntete von der Versammlung lebhaften Beifall. Im Sinne der Ausführungen des Referenten entwickelte sich die darauf folgende Debatte. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 19. November in der „Tonhalle“ tagende öffentliche Versammlung beschließt, die von der Organisation, dem Verband der Bäder und Berufsgenossen Deutschlands, Bader-Lübeck, aufgestellten Forderungen mit allen Kräften zu unterstützen und für den weiteren Ausbau der Organisation einzutreten, damit die aufgestellten Forderungen errungen und auch bewahrt werden.“

Ferner ward beschlossen, daß diese Forderungen der Bäder-Zunung zu Lübeck unterbreitet werden.

Gestorben sind das Bürgerschaftsmitglied Konsul Th. Harm und der Amtsrichter Brun. pb. In Haft gerieheten zwei Männer, welche aus einem Hause in der Hüpfstraße zwei Fahrräder gestohlen und dann das Weite gesucht hatten. Der Eigentümer holte sie in Ahrensburg ein. Ferner wurden festgenommen 4 Bettler und 2 Trunkene.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, den 27. d. M., Vorm. 10 Uhr, statt.

In das Handelsregister ist am 17. November 1899 eingetragen: auf Blatt 2177 die Firma: „Emil Selig“. Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: Emil Louis Heinrich August Christian Ernst Selig, Kaufmann in Lübeck; auf Blatt 2178 die Firma: „C. H. Heinrich Wöttcher“. Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: Carl Hermann Heinrich Wöttcher, Kaufmann in Lübeck; auf Blatt 220 bei der Firma: „Siegmond Petersen u. Co.“ Siegmond Georg Anton Petersen hat aufgehört Inhaber der Firma zu sein. jetziger Inhaber: Siegmond Paul Daniel Carl Wilhelm Petersen, Kaufmann in Lübeck; auf Blatt 2004 bei der Firma: „J. Klindt“. Die Firma ist erloschen; auf Blatt 1806 bei der Firma: „W. Stellenberg“. Die Firma ist erloschen; auf Blatt 583 bei der Firma: „Friedr. Wohlers“. Die Firma ist erloschen. Am 18. November 1899 ist eingetragen: auf Blatt 1253 bei der Firma: „F. Menges“. Die Firma ist in H. Menges verändert. Der Inhaber heißt richtig: Heinrich

Ferbinand Johann Menges; auf Blatt 168 bei der Firma: „Sal. L. Cohn“. Prokurist: Eduard Ephraim Joel; auf Blatt 1761 bei der Firma: „Bernh. Amter“. Die Firma ist erloschen.

Stadttheater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Am Dinstag bleibt das Theater bekanntlich geschlossen. Für Donnerstag steht ein interessantes Gastspiel bevor: das der jugendlich-dramatischen Sangerin vom Stadttheater in Hamburg Frau Fleischler-Edel. Zur Aufführung kommt „Lohengrin“ und wird die Gastin in dieser Wagner'schen Oper die Elsa singen. Der Dame geht ein guter, künstlerischer Ruf voraus. Lohengrin singt Herr Dr. Banasch. — Der Freitag bringt die zweite Wiederholung des ausgezeichneten Böllner'schen Musikdramas: „Die versunkene Glocke.“

Gniffau. Ein braver Landbote ist unser Pastor Dittmer. In der letzten Sitzung lief er, der wie das Banter „Volkstbl.“ schreibt, im Stände wäre, wegen des Badestrandes von Scharbeutz eine kleine Revolution anzufangen, als der Abg. Schütz zum dritten Male das Wort wünschte, zum Präsidenten und rief: „Herr Präsident, der Herr Abg. Schütz hat schon zweimal gesprochen!“ Eine Zurechtweisung war die Belohnung dieser — Manneſthat.

Hamburg. Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Lederarbeiter Jitterbom zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt. Er hatte zwecks Erlangung eines Auslandspasses in der Trunkenheit einen von Beleidigungen Wilhelms II. strotzenden Brief an das Polizeipräsidium zu Berlin geschrieben.

Hamburg. Untergang der „Patria.“ Aus London wird vom Sonntag telegraphirt: Nach einer bei Blohds eingegangenen Depesche aus Dover vom heutigen Tage ist der Dampfer „Patria“ jetzt zwischen Walmer und Deal gesunken; er brennt noch vorn, hinter der Brücke ist kein Rauch bemerkbar. Das Deck wird bei niedrigem Wasserstande theilweise trocken. Das Schiff ist ein vollständiges Wrack und anscheinend gänzlich ausgebrannt. Sobald es möglich ist, werden sich Inspektoren an Bord begeben, um die etwaigen

Bergungsaussichten festzustellen. Es sind Vorkehrungen getroffen, das Schiff zu lichten.

Neumünster. Bei den Stadtverordnetenwahlen unterlagen die sozialdemokratischen Kandidaten mit 150—153 gegen die bürgerlichen, auf welche 380 bis 401 Stimmen entfielen. Das Resultat ist ein befriedigendes, da ein Genius von 1200 Mark maßgebend ist. — Bei der Vertreterwahl der Ortskrankenkasse wurden die Kandidaten des Gewerkschaftskartells gewählt.

Kiel. Wegen Urkundenfälschung im Amte wurde der Gerichtsvollzieher Gubener zu 1 Monat Gefängnis verurtheilt. Er hatte zwei Boote als gepfändert protokolliert, während er in Wirklichkeit dem Bootführer die Steuer zum Aufleben gegeben hatte, was dieser natürlich hübsch bleiben ließ.

Oldenburger Landtag.

A. K. Am Freitag fand eine recht lebhafte und andauernde Verhandlung statt über den Bericht des Verwaltungsausschusses über Vorlage 10, die den Rabattzwang der Apotheker den Armen gegenüber aufhebt. Der Ausschuss beantragte die Annahme der Vorlage. Es ward beschlossen, die diesen Gegenstand betreffende Petition des Verbandes der Ortskrankenkassen, betreffend Errichtung von Krankenkassen-Apotheken, zugleich zu behandeln. — Nach dem Referenten kam Genosse Paul Hug zum Wort. Er unterstützte diesen Antrag, obgleich ihm die Petition nicht weit genug gehe. Er sei dafür, daß das Privilegium, das unpopulärste unter den bestehenden Privilegien, der Apotheker aufgehoben würde und nicht bloß den Krankenkassen, sondern auch den Gemeinden das Recht gegeben würde, Apotheken zu errichten. Die Begründung des Gesetzentwurfes, der mit dieser Petition in gewisser Verbindung stehe, fordere die Kritik heraus. Nebenher ward da vom Präsidenten unterbrochen, der die Petition und den Gesetzentwurf wegen Aufhebung des Rabattzwanges der Apotheker getrennt behandelt wissen wollte. Auf eine Anfrage beim Landtage war dieser jedoch mit der Verbindung der Angelegenheiten einverstanden. (1) Redner fuhr dann fort und sagte: Wenn im Entwurf gesagt wird, daß Privilegium müsse im Interesse fortbestehen, so meine er, daß gerade im Interesse des Publikums das Privilegium aufgehoben werden müsse. Wenn dort ferner gesagt werde, daß die materielle

Sage der Apotheker in erster Linie durch die Konkurrenz der Drogeriehandlungen verschlechtert worden sei, so sei dem entgegen zu halten, daß die Apotheker heute auch durch die Entwicklung der chemischen Industrie die Medicamente fertig kaufen oder die Rohprodukte weit billiger wie früher beziehen. Wenn die Apotheker beim Inkrafttreten des Krankentassengesetzes billig mit diesen Verfahren wären und bei den Handverkaufskartellen nicht ihre erorbitant hohe Lage angewendet hätten, würden die Krankentassen den Apothekern nicht so feindlich gegenüberstehen. Nebenher wünschte, daß die Regierung sich mit dem Verlangen der Petenten befreundete und auch die Errichtung von Gemeindeapotheken gestatte. Das mindeste aber, was in der Apothekerfrage geschehen könne, sei, den Apothekern die Pflicht aufzulegen, den Krankentassen einen entsprechenden Rabatt zu gewähren. — Regierungskommissar Scheer trat den Ausführungen entgegen, indem er hauptsächlich auf die von Reich angeordnete Regelung dieser Frage sich berief und die Nothlage der kleinen Apotheken schilderte. Herr Dittmer-Gniffau wiederholte einige Sätze des Regierungsmannes. Nach ihm trat ein Vertreter Birkenfelds auf, der den bei uns in Deutschland wohlbekanntesten Namen von Hammerstein führt, um sich im Kampfe gegen den „Umsturz“ täglich zu blamiren. (Wir empfehlen diesen Passus der Beachtung der Leser der „Allg. Anz.“) Er denutzte zunächst den Genossen Hug. Derselbe habe seine Ausführungen von einem wohlausgearbeiteten Konzept abgelesen. v. S. h. hauptete, Hug halt mit seinen unaussprechbaren Vorschlägen die Arbeiten des Landtages auf. Die Petition habe die Behandlung, die ihr im Ausschuss zu Theil geworden, nicht verdient, denn sie enthalte schwere Anschuldigungen gegen die Apotheker. Er halte das Privilegium der Apotheker für ein sehr nützliches im Gegensatz zum Abg. Hug, der es das unpopulärste nenne und als schädlich bezeichne. Es sei geschaffen fürs Gemeinwohl, damit die Apothekerwaaren gut, und in zweiter Linie erst billig gemacht werden. Dem braven Donquixote ward eine derbe offizielle Küge zuthel, denn Präsident Groß erklärte: Der Abgeordnete v. Hammerstein hat gegen den Abg. Hug den Vorwurf erhoben, er habe seine Rede abgelesen. Ich bemerke, daß weder der Schriftführer, Herr Abg. Hoffmann, noch ich etwas davon bemerkt haben. Herr v. Hammerstein war während der Rede des Abg. Hug auch Schriftführer, daher es gesehen, so war es seine Pflicht, mich darauf aufmerksam zu machen. Natürlich ließ auch Genosse Hug es an der gebührenden Antwort nicht fehlen und bereitete als praktisch durch und durch erfahrener und mit allen Einzelheiten vertrauter Politiker dem Hammerstein eine wirkliche „Abfuhr.“ Der Ausschussantrag ward angenommen. — Unsere Leser ersehen, daß der Recht im Karfenteiche gung munter und erfolgreich wirtschaftet.

Der Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber in jedem Falle keine Verantwortung.

Am 20. d. M. starb nach langem schweren Leiden mein lieber Mann und meiner Kinder guter Vater, der Arbeiter **Johann Harms** im vollendeten 70. Lebensjahre.

Dies zeigt an die Hinterbliebenen. **Magdalene Harms Wwe.** nebst Kinder. Die Beerdigung findet am Donnerstag Morgen 11 Uhr vom Trauerhause, Gr. Bogelsang 7, aus statt.

Für die mir vom Beirathgeber-Comité überwiesene Unterstützung meinen herzlichsten Dank. **J. B.**

Unserer guten Mutter und Schwiegermutter **D. E.** in der Hundestraße 20 die herzlichsten Glückwünsche. Möge dieser Tag noch recht häufig wiederkehren. **E. A. M. F.**

Logis für einen jungen Mann zu vermieten Friedenstraße 63, 1. Et.

Ein freundl. Logis Weberstraße 30.

Ein freundliches Logis Schmiedestraße 25, 2. Et.

Ein freundlich möblirtes Zimmer mit separatem Eingang zu vermieten Margarethenstraße 15 a.

Sei zu 1. April 1900 3000 Mk. zweites Pfandgeld nach 4000 Mk. Brandkasse 10395 Mk. Gef. Offerten unter **P 6** an die Exped. d. Bl.

Sofort ein tücht. Westenschneider bei dauernder Beschäftigung. **Th. Petersen, Hügelstraße 115.**

Gesucht anständig gekleidete Leute als **Abonnentensammler** bei hohem Verdienst. Näheres in der Exped. d. Bl.

Ein kleines Haus oder Saugbude zu kaufen oder mieten gesucht. Angebote unter **G 65** an die Exped. d. Bl.

Ein guterhaltener Kuppenwagen zu kaufen gesucht. Angebote unter **F Z** an die Exped. d. Bl.

2 neue Sophas mit und ohne Stühle, farb. Fleischhauerstraße 66.

Ein Zugsboot mit 2 Mehren billig zu verkaufen. Näheres Salomstraße 17, 1. Et.

Ein gutgearbeitetes Sopha billig zu verkaufen. Fildergänge 56, 2. Et.

Ein gute schwarze Hose und e. Bettstelle fast billig zu verkaufen. Devenau 25, 1. Et.

Zu verkaufen 1 Winterüberzieher, 1 woll. Weste mit Aermeln und verschiedene wolle. Unterwäsche. Schwantauer Allee 33, part.

Ein fast neuer modern. Regenmantel billig zu verkaufen. Augustenstraße 14 a.

Ein guterhaltener Schirm billig zu verkaufen. Augustenstraße 14 a.

Geschäfts-Eröffnung.
Einem geehrten Publikum zur gefl. Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage
— **Fackenburger Allee 53** — eine
Fahrrad-Reparatur-Anstalt, Schlosserei
und **mechanische Werkstätte**
eröffnet habe. Bitte das geehrte Publikum, bei vorkommenden Arbeiten mich gütigst berücksichtigen zu wollen. Sämmtliche Arbeiten werden auf's Sauberste und Billigste ausgeführt.
Hochachtungsvoll
H. Benthien, Lübeck, Fackenburger Allee 53.

Einladung zum
Stiftungsfest des Athletenclub Atlas
verbunden mit
Concert, Vorstellung und Ball
am Sonntag den 26. November 1899
im Locale des Herrn Frahm, „Concordia-Garten“.
Kasseneröffnung 4 Uhr. Anfang des Concerts 4 1/2 Uhr. Vorstellung präcise 8 Uhr.
Herrenkarte 60 Pfg., Damen frei. Das Comité.

P. Holtz, Masseur
Hofstraßen 6, 2. Etg.
empfiehlt sich den Krankenkassen.

Wein und Spirituosen
in vorzüglicher Qualität
— auch im Kleinverkauf —
empfiehlt
Heinr. Cords
J. P. H. Grube Nachf.
35 Engelwisch 35.

Pa. Brotwurst, Pa. Grützwurst,
Pa. Kopffleisch, Pa. Leberwurst,
sowie

jämmtliche anderen Wurstsorten
in bester Qualität empfiehlt
Carl Hamann,
Breitestraße 22
vis-à-vis ehemaligem Hotel „Lübecker Hof“.

Ein noch guterhaltener Kinderwagen
ist für 6 Mark zu verkaufen
Langer Lohberg 62.

Bestenfalls 98er und 99er weiße
Stolzecker-Hähne und Hennen, sow. weiße
Rasthähne. Zu beziehen bei
J. H. C. Wittfoth,
Neugstraße 24, Hinterhaus.

Ein guter Zieh Hund
preiswerth zu verkaufen
J. Köhler, Stöckelsdorf.

Ferkel und Zugsäuger
zu verkaufen
Sorbstraße 24.

Verloren ein Portemonnaie u. Zub.
von Leefe, Leberstraße, bis Büttcherstraße.
Abgegeben gegen Bel. in der Exped. d. Bl.

Franz Schaper
Dornstraße 21.

Dem verehrl. Publikum zeige ergebenst an, daß ich neben meiner Obst- und Gemüsehandlung von heute ab auch einen Handel mit

Colonialwaaren
angelegt habe. Es wird mein Bestreben sein, nur gute Waare preiswerth zu liefern. Zudem ich mich bei Bedarf bestens empfohlen halte, zeichne ergebenst

Fr. Schaper, Dornstraße 21.

Sanssouci
5 Pfg. Ausschuss-Zigarre!
Vorzüglich! Preiswerth!

100 Stk. Mk. 4,75. Kisten à 500 Stk. Mk. 23.
Auswärts frei!

Wilh. John, Schüsselbuden 5

Zum Weihnachtsfeste empfehle mein
— photographisches Atelier. —
H. Heber, Klängenberg.

Am Dinstag ist mein Geschäft den ganzen Tag
geöffnet.

leuten empfehle mein großes Lager gutgearbeiteter
Wohnungs- & Einrichtungs-
zu billigen Preisen.
Folckers' Möbel-Magazin
— 25 Mariesgrube 25. —

Händlern, Friseurern
gebe Cigarren in Commission bei
gutem Verdienst.

Rechnungen sub **H. C.** an die Exp. d. Bl.

Empfehle:
Rathenower Brillen und Pincenez,
Operngläser, Lesegläser, Mikroskope,
Lupen, Barometer, Thermometer,
ärztliche Thermometer,
electriche und mechanische Apparate,
Reißzeuge, Glasspritzen etc.
Anfertigung physikalischer Lehrmittel,
Anlagen von Handtelegraphen,
Telephonen
und electricher Momentbeleuchtung.
Hochachtungsvoll
Georg Kloth, Optiker u. Mechaniker
12 Glockengießerstr. 12.

Achtung!
Central-Verband
der Maurer.
Des Dinstages halber findet die
Mitglieder-
Versammlung
am **Donnerstag den 23. d. Mts.**
Abends 8 1/2 Uhr
im **Vereinshaus, Johannisstr. 50,**
statt.
Tagesordnung wird in der Versammlung be-
kannt gemacht.
Der wichtigen Tagesordnung halber ist es
Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versamm-
lung zu erscheinen.
Die örtliche Verwaltung.

Arbeiter-
Radfahrer-
Verein Lübeck.

Tanz-Kränzchen
am **Sonntag den 26. November**
im **Vereinshaus, Johannisstr. 50.**
Anfang 6 Uhr. Damen frei. Ende 2 Uhr.
Der Vorstand.

Circus Variété
Mittwoch keine Vorstellung.
Donnerstag:
Grosse Parade-Vorstellung.

Stadt-Theater.
Mittwoch: Geschlossen.
Donnerstag: Gastsp. **Fr. Fleischer-Edel.**
Lohengrin.

Beantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Beantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Rasch.
Verleger: Theob. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Was eine sozialdemokratische Gemeindevertretung leistet.

Damit unsere Leser wieder einmal sehen, wie es in einer sozialdemokratisch verwalteten Stadt aussieht, geben wir hier einiges aus den padenden Schilderungen des Dr. Ladislaus Gumpłowicz: „Aus dem fernen Osten Londons, wieder.“ Es heißt da:

Der Gemeinderath von West Ham, der großen Stadtgemeinde ostwärts des Lea, mit 300,000 Einwohnern, ist seit dreiviertel Jahren in den Händen der lokalen Arbeiterpartei, die aus Gewerkschaften unter der Führung ausgesprochenen Sozialdemokraten besteht. Ziemlich bekannt ist, daß diese sozialistischen Gemeinderäthe den 1. Mai zum offiziellen Feiertag erklärt und ihn sowohl den Schulkindern als auch den städtischen Arbeitern freigegeben haben; desgleichen, daß sie den städtischen Arbeitern den Achtstundentag gewährt haben. Weniger gewürdigt ist die höchst bedeutende Aktion des Gemeinderaths von West Ham in der Wohnungsfrage. Man weiß ja, wie furchtbar in London, begünstigt durch das ungeliebte halbfeudale Grundeigentumsystem, der Wohnungsmangel um sich gegriffen hat und noch um sich greift. Es liegt nahe, diesem Uebel durch Erbauung kommunaler Wohnhäuser für die arbeitende Klasse zu begegnen. In der That hatte schon die frühere, aus Progressives bestehende Gemeinderathsmehrheit von West Ham damit den Anfang gemacht, wenn auch nur im Kleinen und in kleinlich-pariaer Weise. Die neue, gewerkschaftlich-sozialdemokratische Mehrheit blieb dabei nicht stehen. Die Frontlänge der zu bauenden Häuser wurde von 17 auf 22 Fuß erhöht; große Grundflächen werden erworben, große Anleihen zu Bauzwecken aufgenommen, aufstatt Dutzenden werden Hunderte von Häusern gebaut, demnächst sogar, wenn Will Thornes Vorschlag durchgeht, fünftausend Häuser. Jede Wohnung wird mit einem Badezimmer versehen, demnächst wird elektrische Beleuchtung eingeführt. Und bei alledem ist der Miethspreis dieser Wohnungen jetzt schon um ein Sechstel bis Siebentel niedriger angesetzt, als ein privater Hausherr ihn stellen würde. Mehrere dieser Häuser, jedes zu zwei Familienwohnungen, werden einem neuangelegten öffentlichen Park flankirt, aber deshalb nicht theurer sein, als die andern; für den Miethspreis sind vielmehr allein die Selbstkosten maßgebend. Sogenannte Sunsh, d. h. Komplexe sanitärwidriger, enger, dumpfer und schmugiger Häuser, werden angekauft, niedergehauen und durch kleine, aber gesunde Wohnungen zu 5 Sh. die Woche ersetzt. Ein Theil dieser Ersatzhäuser muß allerdings außerhalb des alten Bauplatzes errichtet werden, da man dem kapitalistischen Schmutzfinken von Grundherren die „höchste Fruchtbarkeit“ des Bodens eben doch nicht nachmachen kann. Die Absicht der ganzen Aktion geht ganz ausdrücklich dahin, die Stadtgemeinde zum größten Grundherrn innerhalb des Stadtgebietes zu machen, um so die Miethspreise in gemeinnütziger Weise reguliren zu können.

Eines Nachmittags machte ich in Begleitung eines sozialdemokratischen Gemeinderaths einen Rundgang durch West Ham. Mein Begleiter, Councillor Terrett, ist ein hämmiger junger Zimmermannsgehilfe, übrigens als energischer Parteimann bekannt. Er führte mich hauptsächlich

durch Canningtown, einen ebenso volkreichen als proletarischen Stadttheil. In seinem äußeren Ansehen zeigt Canningtown leider eine unverkennbare Familien-Ähnlichkeit mit Whitechapel. Auch hier lange, einförmige, niedrige Häuserreihen, Hunderte von Häusern nach demselben absolut kunstverlassenen Plan gebaut. Aber die Einförmigkeit wird hier wohlthuend unterbrochen durch zahlreiche ebenso stattliche als malerische Bauten, die meist freistehen und von einigen hübschen Laubbäumen umrahmt sind: die öffentlichen Schulhäuser. Von allen englischen Gemeinden hat West Ham die meisten Schulen und die höchste Zahl von Schulkindern im Vergleich zur Bevölkerungszahl. Was in dieser Hinsicht durchgezogen wurde, kommt allerdings nicht auf Rechnung der Sozialdemokraten wenigstens nicht direkt, sondern auf Rechnung der bürgerlichen Reformer im Schulrath, einer vom Gemeinderath unabhängigen Behörde. Sollten die Sozialdemokraten auch in dieser Körperschaft die Mehrheit gewinnen, so dürften sie darangehen, die kommunale Speisung der Schulkinder einzuführen.

Ein charakteristischer Zug hat sich mir an jenem Nachmittage fest ins Gedächtniß eingepägt. Genosse Terrett und ich gingen über einen hohen und breiten Damm, der demnächst in einen Spazierweg umgewandelt werden soll, vorläufig aber noch ziemlich öde aussieht. Dieser Damm befindet sich gerade über dem großen Schwenkanal für die Nordhälfte Londons, der gerade in dieser Gegend in die Themse einmündet. Rechts unterhalb des Damms liegt ein Baugrund, den die Gemeinde behufs Errichtung von Arbeiterhäusern angekauft hat. Dort unten stand nun ein graubärtiger Erdarbeiter in Hemd und Hose und schaukelte tapfer drauf los. Terrett grüßte hinunter und stellte vor: „Das hier oben ist ein ausländischer Genosse — und das da unten ist mein Kollege, Gemeinderath Wisfoll.“ Und nun gab der rüstige Alte mit Sachkenntniß und Eifer Bescheid, wo man die erste Häuserreihe hinbauen und wie man sie einrichten wolle. Er ist in der That ein ungelerner Tagelöhner, der es auch nach seiner Wahl zum Gemeinderath nicht verläßt, täglich acht Stunden im Dienst der Gemeinde die Schaufel zu handhaben.

Seit einigen Jahren sind die Sozialdemokraten beider Fraktionen mit vielem Eifer bemüht, ihre eigenen Kandidaten bei den Armenrathswahlen durchzubringen. Da man bei dieser praktischen Thätigkeit die leidige Rivalität zwischen S. D. F. und I. L. P. grundtätig bei Seite läßt, so werden in überwiegend von Arbeitern bewohnten Bezirken nicht selten wenigstens einige Sozialisten gewählt. Und da die bürgerlichen Mitglieder des Armenraths zumeist nicht etwa zielbewußte Vorkämpfer des Kapitalismus sind, sondern eher harmlose Spielbürger ohne politische Interessen, so vermag schon eine kleine Minderheit rühriger Sozialdemokraten ganz Beträchtliches zu Gunsten der besitzlosen Bevölkerung zu erwirken. So stehen die Dinge an beiden Ufern des Flusses Lea, in Poplar und in West Ham. Der Armenbezirk West Ham umfaßt ein viel größeres Gebiet, als die Gemeinde West Ham; er ist mit seiner halben Million Einwohner der volkreichste Armenbezirk in England. Dementsprechend zählt auch der Armenrath von West Ham nicht weniger als vierzig Mitglieder. Darunter sind fünf Sozialisten. Einer von diesen fünf ist Genosse Martin Judge, Gemeinderath zu West Ham und Herausgeber des von ihm gegründeten Wochenblattes The West Ham Citizen. Bis vor kurzem war er Mitglied des Parteivorstandes der S. D. F.; diese Stelle hat er niedergelegt, da ihn seine kommunale Thätigkeit ganz in Anspruch nimmt. Er ist ein kleiner, lebhafter, schwarzäugiger Irländer, so recht geeignet, in einem Kollegium bedächtiger, hellblonder Angehörigen den Pech im Rarpenreich zu spielen.

1) S. D. F. und I. L. P. bedeuten Socialdemocratic Federation and Independent Labour Party, d. h. Sozialdemokratische Federation und unabhängige Arbeiterpartei.
2) Whitechapel ist das berüchtigtste Viertel von London.

Es war wiederum an einem für Londoner Verhältnisse sogar sehr sonnigen Nachmittage, da hatte mir Martin Judge ein Neubezoues vor dem Rathhause gegeben, um mir ein Stückchen sozialdemokratisch beeinflussten Armenwesens zu zeigen. Diesmal ging es weit nordwärts, quer durch die schmucken Cottageviertel von Leyton und Leytonstone bis an den Rand des Epping Forest; so heißt nämlich der Grunewald der Londoner. Dort steht Forest House (Forsthaus), ein stattlicher Herrensitz. Früher hauste ein bekannter englischer Dichter dort, und Alfred Tennyson ist oft sein Gast gewesen. Vor etwa 12 Jahren starb der Hausherr; der Armenrath erwarb das Heim des toten Dichters und machte daraus ein Versorgungshaus für dürftige Greise. Seitdem ist Forest House durch einen mächtigen Zubau erweitert worden und hat derzeit 200 Insassen. Ein Rundgang durch Haus und Garten zeigte jednfalls ein ganz anderes Bild als das des greulichen Borkhouse, wie es sonst war und an manchen Orten wohl noch heute sein dürfte. Die alten Leute waren keineswegs verschüchtert; sie waren den kameradschaftlichen Ton, in dem Judge sie begrüßte, offenbar schon seit Langem gewohnt. Sie lungerten gemüthlich herum; einige vergnügten sich in dem ehemals herrschaftlichen Billardzimmer, ein paar Andere nahmen Theil an einer von den Anstaltsbeamten veranstalteten Cricketpartie. Jrgend ein regelmäßiges Tagewerk wird von den Greisen nicht verlangt. Den Unternehmlichkeit so vieler schiffbrüchiger Existenzen zu einem Heim untertriebenen Glückes zu gestalten, dürfte freilich auch der besten Verwaltung kaum gelingen; aber viel Einsicht und viel Güte scheint in Forest House am Werk zu sein.

Auf Befragen erfuhr ich, daß auf den verschiedensten Gebieten des weitstreichenden Armenwesens von West Ham eine energische Reformarbeit vor sich geht. Die Kost ist aufgebessert worden, für die arbeitsfähigen Männer wurde eine gesündere und abwechslungsreichere Beschäftigung eingeführt. Die Frist, nach deren Ablauf ein zugereifter Armer als unterstützungsberechtigt zu gelten hat, wird in der Praxis so kurz wie möglich bemessen. Geplant ist ferner die Errichtung einer Akerbaukolonie, um durch Ueberarbeit, Hunger und Wohnungselend herabgekommenen Leuten die Vortheile gesunder und mäßiger Arbeit in frischer Landluft, verbunden mit kräftiger Kost, zu bieten. Für den Fall, daß sie jemals die Mehrheit im Armenrath erlangen sollten, tragen sich Judge und die Seinen mit noch ganz anderen Plänen. Besagt doch das uralte Statut, das heute noch die gesetzliche Grundlage für die Thätigkeit des Armenraths bildet, daß der Armenrath befugt sei, ortsanfässigen Arbeitslosen, welche Unterstützung zu gewähren, als er für passend finde — eine Formel, die sozialistischen Auslegungen Thor und Thür öffnet, sobald nur der Wille dazu da ist.

Wieder ein anderes Mal lernte ich ein anderes Stück Reformarbeit aus dem fernen Osten kennen; eine volkstümliche Gemälde-Ausstellung in Woolwich. Die Sache ist bedeutender, als sie auf den ersten Blick aussieht. Die vielen Londoner Gemälde-Ausstellungen sind nämlich fast alle auf ein engumjhrtes Gebiet im Westend konzentriert, auf das prunkhafte Viertel zwischen Trafalgar Square und Hyde Park. Die Nationalgalerie steht gleichfalls auf Trafalgar Square, und South Kensington Museum liegt noch weiter westlich. Das bedeutet praktisch, daß die proletarischen Einwohner des fernen Ostens, die wenig Zeit und noch weniger Geld haben, vom Mitgenuß all dieser Kunstschätze so gut wie ausgeschlossen sind. Um dem abzuhelfen, schlossen sich nun die verschiedenartigsten Arbeitervereine von Woolwich und Umgebung zu gemeinsamem Vorgehen zusammen: ein paar sozialdemokratische Ortsgruppen, das Gewerkschaftskartell, der große Konsumverein, ja sogar — ein seltener Ausnahmefall! — die aus Arbeitern zusammengesetzten Mäßigkeitsvereine. So kam eine Loan-Exhibition zu Stande, d. h. eine Ausstellung von Gemälden, die von ihren Besitzern zu diesem Zweck unentgeltlich geliehen wurden. Gleichfalls unentgeltlich wurden drei Säle der Gewerbeschule von Woolwich als Ausstellungsräume zur Verfügung gestellt.

Heinlandsdichter.

Roman von Clara Wiebig.

33. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Der Onkel lachte. „Was meinst du, Nelda, wie würd' ich mich ausnehmen im Frack oder in der Uniform zwischen den verdammten Bierengeln? Ich kann das nicht mehr. Ich will nicht sagen, daß die Menschen hier Engel sind — o je! Die Gemüther sind roh, die Leidenschaften ungezügelt. Es geht ihnen wie dem Strunk auf dem Feld, sie wachsen auf, wie sie wollen; nur der Pfaff thut seine Wehrauchsprüche über den Aker hin. No, allzuviel macht das auch nicht. Sie beten schon, freilich! Aber sie haben noch 'was Unverfälschtes; mit dem Material ist's besser umgehen als mit dem künstlich präparirten.“

Hat ja auch eine Zeit gegeben, da hab' ich gemeint, ich kann's hier nicht aushalten; war noch zu sehr an den Dünstkreis vom Salon gewöhnt, an die Sporen und Lackstiefel. Aber ich sage dir — schwer fiel seine Hand auf der Nichte Schulter — „leg du nur einmal so recht fest an der Brust der Natur, dann kriegst du andere Augen. Sie werden heller. Du sitzt auf einem hohen Berg — unter dir krabbelt und wibbelt es, lauter Ameisen — du bist wie ein König! Wenn dein Rock auch vom alten Steffens nach der Mode von anno bazumal schneiderirt ist und deine Stiefelsohlen Nügel haben, du bist doch reich! Du hörst das Herz der allmächtigen Natur pochen und deins pocht dagegen. Man wird besser. Man ist nicht mehr so kleinlich.“

Herr Gott, wenn ich so alle Tag die Berge anseh, und im Wald die Bäume und die Wasser rauschen hör', da sag' ich mir: o, du mein Schöpfer, wenn du mir Wurm so was Herrliches aufgebaut hast, wie darf ich da dem Wittwurm, der neben mir kriecht und nicht geringer ist als ich, was entziehen? Ich muß ihm so viel gewähren, als ich irgend

kann. Schodschwerenoth nochmal, was bin ich für ein erbärmlicher Kerl! Beklag' mich gar zuweilen, raisonnire: „Bauernbüchschädel, nicht mehr aushalten und so weiter! Hab' ich mich wirklich beklagt, Nelda, jag' mal?“ Er sah sie hierauf fragend mit einer Miene aufrichtiger Bekümmerniß an.

Sie mußte lachen wider Willen. „Beklagt hast du dich nicht so sehr, Onkel, aber verstümmt bist du oft.“

„Ja, das ist's, man kann's nicht lassen!“ Der Bürgermeister ließ sich schwer auf einen Stuhl fallen und stützte den Kopf in die Hand. „Es boht einen doch, wenn man es so von Herzen gut mit ihnen meint und sie denken noch, man wil ihnen was Böses. Das unglückselige Maar, es hat was zwisch'n mich und meine Eiseler gebracht! Ich hab' manch' schlaflose Nacht drum. Kennst du die Geschichte, Neld?“

Sie nickte. „Heinrich Hommes hat sie mir erzählt; der sagt: Liebesleute verstehen einander ja auch manchmal nicht!“

„Liebesleute! Was — Liebesleute hat er gesagt? Ha ha! Ach ja, meine Eiseler und ich verstehen einander jetzt immer nicht; ich weiß nicht, liegt es an mir, liegt es an ihnen? Zum Donnerwetter, sie müssen doch wissen, daß ich's gut mit ihnen meine! Wenn sie mir nicht pariren, die Schafsköpfe, und Dummeheiten machen, was kann ich dafür? Gektern in der Gemeinbesitzung hab' ich es aber energisch erklärt, ich kümme mich um die Sache nicht mehr. Jetzt schreien die Meerfelder Hunger! Wie oft hab' ich gesagt: fangt Hausindustrie an, flechtet Körbe, bindet Bejen, schnitzt Holzschachen! A was, sie denken nicht daran! Und alle Winter dieselbe Bitanet, diesmal toller denn je. Und die Wanderscheider halten auch nicht zu mir!“ Er feuigte und sah düster vor sich nieder. „Sie reden darüber, daß ich die Besa im Haus hab'; als ob ich alter Mann an der nicht ein reines Wohlgefallen haben könnte. Und dann das Scheußlichste ist“ — er stockte und rückte heftig mit seinem Stuhl

— „sie — sie sagen, ich hätte bei der Sache mit dem Meerfelder Maar meinen Profit gehabt. Von dem bewilligten Geld hätte ich — Herrgott, ist das eine Gemeinheit, es ist um rasend drüber zu werden!“

Er fuhr sich durch die Haare, die Stimme zitterte ihm; er sprang auf und rannte in der Stube hin und her. „Sie sind toll — meine Eiseler!“

„Onkel!“ Nelda stand auf und trat zu dem Erregten; zum erstenmal seit langer Zeit war auf ihrem Gesicht nicht der zerstreute, geistesabwesende Ausdruck. Sie hatte ein feines Ohr bekommen für den Schmerz, der auch unausgesprochen klingt. „Onkel Konrad, hast du ihnen alles erklärt? Sie sind so dumm. Du mußt es ihnen klar auseinandersetzen, was das für ein Unjam ist. Sie müssen dir dann glauben. Sag's ihnen doch!“

„Nein. Wo denkst du hin? Ich werde mich doch nicht vertheidigen?! Wenn sie mich nicht besser kennen! Man könnte bitter werden; manchmal denk' ich, ich bin's schon. Nur das nicht, nur das nicht, dann wird man auch ungerecht! Ach!“ Er ließ sich wieder auf den Stuhl fallen, die geballten Fäuste auf den Knien. „Hab' ich nicht um sie geworben, wie ein Bräutigam um seine Braut — fünf- undzwanzig lange Jahre in guter und böser Zeit? Nun thun sie mir das an!“ Der Kopf sank ihm schwer auf die Brust.

Nelda sah, daß er Thränen in den Augen hatte. Sie hatte ihn nie so gesehen.

„Onkel!“ sagte sie leise. Er gab keine Antwort.

„Onkel!“ Sie legte ihm die Hand auf die Schulter. „Meine Eiseler!“ Sie blieben lange stumm. Im Ofen knisterte das Feuer, die Holzschette knackte; ein Regen von Funken sprühte durch die angelehnte Ofenthür mitten hinein in die Stube. Sie glimmten auf dem Boden; Nelda trat sie aus, schwarze, eingefressene Punkte blieben in der

Eine eigentlich kunstverständige Kritik des Gebotenen muß ich Berufeneren überlassen; so viel getraue ich mich in dessen als kunstliebender Laie zu sagen, daß mir die Ausstellung den besten Gemälde-Ausstellungen, die ich bisher in London gesehen, so ziemlich ebenbürtig schien. . . . Voll selbiger Andacht stand ich vor zwei Bildern eines anderen Modernen, eines wahrhaft Großen, der sich in der Politik muthig als Sozialdemokrat bekennet, als Künstler mit reinen Sinnen der reinen Schönheit dient: des herrlichen Walter Crane.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Unter den Prager Bäckereiarbeitern wurde eine Abstimmung über die von der Gehilfen-Verammlung aufgestellten Forderungen veranstaltet. Es wurden 1263 Stimmzettel versendet. Bis zum 10. November beteiligten sich an der Abstimmung 1113 Arbeiter. Die Uebereinstimmung mit den Forderungen betundeten 1075 Arbeiter. Für die Forderungen wollen ebent. in den Ausstand treten 1075 Arbeiter, gegen den Ausstand sind 38 Arbeiter. Für die Arbeits-einstellung vor Weihnachten sprachen sich aus 767 Arbeiter, für den Ausstand im Frühjahr 286 Arbeiter, der Majorität unterwarfen sich 25 Arbeiter. Von den in Betracht kommenden Arbeitern sind 714 ledig, 399 verheirathet mit 675 Kindern. Mit Rücksicht auf diese Bewegung werden die Bäckereiarbeiter gewarnt, nach Prag zu reisen. Die Auszahlung der Reise-Unterstützung ist von der Fachorganisation bis auf Weiteres sistirt worden. — Die Generalversammlung der ausländischen Arbeiter am Simplon-Tunnel beschloß, nachdem die Unternehmer einige Zugeständnisse gemacht haben, am Montag, den 20. November die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Diamantenkrise nimmt an Ausdehnung zu; zwei weitere Diamantenschleifereien in Antwerpen haben ihre Zahlungen eingestellt. Die Zahl der wegen Mangels an Arbeit feiernden Arbeiter beträgt nummehr 2500. Der Vorrath an Steinen scheint erschöpft und eine 100 prozentige Preiserhöhung für Diamanten wird für die nächste Zeit erwartet.

Gemeindevahlen. In Luckenwalde wurden die Genossen Schulze, Braunsdorf und Mittag mit 312 bis 316 Stimmen als Stadtverordnete gewählt. Die Gegner erhielten 39 Stimmen. — In Sibach (Mittelfranken) beteiligten sich die Genossen zum ersten Mal an der Gemeindevahl und brachten dabei einen ihrer Kandidaten durch. Am selben Tage war dann Kirchenverwaltungs-wahl, wobei sich die Parteigenossen „aus finanziellen Gründen“ gleichfalls beteiligten und „eine rein sozialistische Vertretung“ wählten. Da werden sie nun wohl der katholischen Kirche in Sibach die öffentlichen Bezüge sperren.

Fürth. Der verantwortliche Redakteur der „Fränk. Tagespost“ („Fürther Bürgerzeitg.“), Genosse Georg Gärtner wurde vom hiesigen Schöffengericht zu 30 Mk. Geldstrafe verurtheilt, weil er die Buchdrucker-Vereinigung „Gutenberg-Bund“ als „Streikbrecher-Organisation“ bezeichnet hatte.

Zum Fall Lütgenau schreibt unser Zentralorgan, der „Vorwärts“: „Herr Lütgenau, der vorsichtiger Weise es unterließ, nach Hannover zum Parteitag zu kommen, um dort, wie er von Mitgliedern des Parteivorstandes aufgefordert war, seine Sache gegenüber dem Parteivorstande zu führen, hat jetzt eine Broschüre veröffentlicht, in der er über die gegen ihn erhobenen wirklichen Anklagen sich vorsichtig ausspricht, dagegen aber den Versuch macht, sich als Opfer der Vikaratsgelnste des Parteivorstandes hinzustellen. Es hieß den Parteivorstand beleidigen, wenn wir zur Abwehr dieser Unterstellung auch nur eine Zeile verschwendeten. Herr Lütgenau kennt die Gründe, die den Vorstand bestimmten, öffentlich zu erklären, daß er nichts mehr mit ihm zu thun haben will, ganz genau. Wenn er trotzdem den Unwissenden spielt, so hat er seine guten Gründe dazu. Wenn der Vorstand bisher es vorzog, diese seine Gründe nicht öffentlich bekannt zu geben, so geschah es, wie dies auf dem Parteitag in Hannover ausdrücklich konstatiert wurde, nur mit Rücksicht auf Lütgenau selbst. Von dieser Zurückhaltung abzugehen, liegt für den Parteivorstand auch heute noch kein Anlaß vor. Will aber Herr Lütgenau wirklich seine Angelegenheit im Lichte voller Deffenheit verhandelt sehen, dann mag er doch seine Anklagen verwirklichen und gegen den Dortmunder Delegirten die Verleumdungsklage antren-

weissagenwerten Viele zurück. Sie sah darauf nieder — ach ja, solche eingetrennte Punkte giebt's auch in jedem Herzen!

„Onkel!“ Sie kauerte rasch vor dem Sitzenden nieder und sah ihm von unten herauf mit großen Augen fragend in's Gesicht. „Glaubst du, daß es etwas giebt, was einem die wunden Stellen im Herzen so zueilt, als wären sie nie gewesen? Thut das die Religion? Ich möchte das wissen!“

Er schüttelte langsam verneinend den Kopf. „Hör' mal zu, Nelka! Ich bin früher, als du noch gar nicht geboren warst, Nipper gewesen, dazu ein sehr flinker — du weißt es ja — der Vater spricht nicht gern davon, habe zu tolle Fahrten gemacht. Das Ende vom Liede war, ich mußte den Abchied nehmen; sie dachten, ich wäre gut katholisch, drum triegte ich die Bürgermeistertelle hier. Ich habe auch jetzt noch meine Religion, o ja, nur etwas anders, als die Kirche sie servirt! Wenn du die Wahrheit wissen willst, so sag' ich dir: ich bin kein Katholik, ich bin kein Protestant — ich bin ein Mensch, der Gott sucht. Was einem die Wunden im Herzen zueilt, ist nicht die Religion, schlechtweg angesehen, denn damit ist nur die Kirche gemeint. Wunden heilen kann nur die Natur. Und die Natur ist Gott.“

„S ist ja bei dir eine andere Sache, du bist jung! Wenn man jung ist, kann man sich an das, was die Sinne umwehelt. Aber was, wenn das Blut kühler wird, läßt das Amoren von den Sinnen nach; das Herz ist dabei nicht weniger warm, es schlägt nur anders!“

„O, ich möchte nicht alt werden — und allein sein!“ Nelka fröstelte, als ihre eine eiskalte Hand über den Rücken; sie hatte tiefsinnliche Hände um die Augen, ihre Lider waren schwer.

gen. Wird dies geschehen, dann liegt auch für den Parteivorstand kein Grund mehr vor, zu schweigen und die Welt wird dann Gelegenheit haben, den neuesten Schlingel der „Post“ und verwandter Organe in voller Beleuchtung kennen zu lernen.“

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Die Tochter des Arbeiters Wojciechowska in Dobruń (Schlesien) ermordete in Folge eines Familienstreits ihre eigene Mutter. Die Thäterin ist verhaftet, leugnet aber bisher Alles. — Eine Typhus-Epidemie ist ganz plötzlich in Wiclhausen in Thüringen ausgebrochen. Es handelt sich um eine schwere Art des Unterleibstypus. Eine große Anzahl Einwohner liegt danieder. Mehrere Erkrankte sind bereits gestorben. Es wurde bereits mit der Einrichtung der öffentlichen Gebäude zu Lazaretten und Isolirräumen begonnen. Seitens der Behörden sind alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, und die Isolirung sämtlicher Erkrankter ist verfügt worden. — Zwei vornehme Diebinnen sind dieser Tage in Weida abgefaßt, nämlich die Ehefrau des Direktors der Agraer Werke Rasch und die Ehefrau des Obergerichtsraths Frahl. Beide haben in zahlreichen Fällen in dortigen Schlächterläden gestohlen und das Diebesgut in schürzenähnlichen Taschen, welche sie zu ihren Diebeszügen annehmend eigens angefertigt hatten, verborgen. Diese Taschen führten sie unter ihren langen Mänteln bei sich. Auch in Gera, wo die Genannten früher ansässig waren, sollen sie alles, was ihnen unter die Finger kam, in den verschiedensten Geschäftsläden en masse gestohlen haben. Welche Beweggründe die angesehenen Frauen gehabt, ihre und ihrer Familie Existenz in dieser unglücklichen Weise zu vernichten, ist bisher ein Räthsel. Rasch bezog ein Gehalt von 10 000 Mark, Frahl ein solches von etwa 6000 Mark. Frau Rasch ist bereits einer Anstalt überwiesen, da sie erblich belastet erscheint. Ihre Komplizin dagegen hat ein umfangreiches Geländestück abgelegt. Im Uebrigen verurtheilte die Andere als Urheberin der Diebstähle hinstellen. Die Angelegenheit erregt am Orte großes Aufsehen. Natürlich spielt sich die Geschichte wieder auf „Mephistomant“, auf deutsch Stehlfucht, hinaus! — Aus Melungen wird berichtet: Ein sehr bedauerlicher Unglücksfall passirte einem hiesigen Schlächtermeister, indem er seiner 13 Jahre alten Tochter beim Fleischhacken die rechte Hand vom Arm abtrennte. Das Kind war seinem Vater durch Halten eines Stückes Fleisch behilflich gewesen. — In Kecklinghausen hat der Bergmann Gerich auf zwei Arbeitskollegen, mit denen er früher zusammengewohnt hatte, ein Revolverattentat verübt. Der Grund für seine verbrecherische That wird in einer Beschuldigung des Diebstahls erblickt, die von den Arbeitern, zwei Brüdern, gegen Gerich erhoben worden sein soll. Gerich schlich unbemerkt in das Schlafzimmer seiner Opfer und schloß auf sie. Nach der That erschloß er sich selbst. Von den Brüdern war einer sofort todt; der andere ist schwer verletzt und dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. — Zum Poluarer Morde stellte, wie die „Neue Freie Presse“ aus Kuttendorf meldet, eine Kommission des Strafgerichts fest, daß die Kleider der ermordeten Agnes Hruza nicht, wie die Anklage angenommen hatte, mit einem Messer, sondern mit einer Schere aufgeschnitten gewesen seien. — Die Waldbrände am Monte Baldo bei Loppio und Lago in Tiral, von denen wir gestern Mittheilung machten, sind gelöscht, oberhalb Malcesine aber sieht man noch eine lange Feuerzäule. Die Brände wurden wahrscheinlich durch Holzarbeiter verurjacht. Der bei Loppio angerichtete Schaden ist groß. Im Gebiete von Montiggl und Piaten in der Katterer Gegend wüthet ein heftiger Waldbrand, zu dessen Einchränkung Nachts Bozener Militär abgegangen ist. Der Sturmwind verbreitet das Feuer. — Ein Mordprozeß findet augenblicklich in Mailand gegen zwei Schaffner statt, die 1892 im Eisenbahnwagen den Expdienten der Banca Sicilia ermordet haben sollen. Der Prozeß hatte schon mehrere Male begonnen; zuletzt wurde er, um eine Beeinflussung der Geschworenen zu verhüten, von Palermo nach Mailand verwiezen. Der Sohn des Ermordeten, ein Marineleutnant, sagte am Donnerstag aus, die Angeklagten seien gedungene Mörder, der Anstifter des Mordes sei der jetzige Abgeordnete von Palermo, Palliolo, der seinem Vater zürnte, weil dieser die Sizilianische Bank zu strenge verwaltete und allen Betrügereien steuerte. Palliolo beantragte darauf beim Mailänder Generalstaatsanwalt seine gerichtliche Verfolgung. Die politische Welt ist auf den

„Onkel, wie deine Frau starb,“ fragte sie plötzlich un-
vermittelt, „warst du da sehr traurig?“

Er nickte etwas verwundert.
„Ich meine nicht nur traurig, nein, unglücklich, verzweifelt! Warst du verzweifelt, Onkel Konrad?“

„Nein, das war ich nicht.“ Ein trüber Schatten glitt über sein Gesicht, aber dann lächelte er; Nelka kannte dieses Lächeln, es hatte was von der Sonne an sich.

„Sie war sehr einfach, ihr Vater war nichts weiter als ein größerer Bauer; aber was sie über ihren Stand hob, das war die Herzensbildung. Sie haben sich alle gewundert, als ich sie heirathete; Vorchen war mir lange böß darum, sie sagte, ich wär' nun ganz verkauert. Sie kannte sie ja nicht. Ich habe sie nur zehn Jahr gehabt! Ich war nicht verzweifelt, als sie fortging“ — er schüttelte den Kopf und sah fast heikern Gesichts in's Weite — „ich sage nie ‚starb‘. Was man einmal geliebt hat, stirbt nicht. Und dann die Erinnerungen! Die zehn Jahr waren ein großes, voll angenossenes Glück. Da verzweifelt man nachher nicht!“

„Aber wenn man kein Glück angeschlossen hat, was dann?“ Sie fragte mit kurzem Athem, die Stimme klang heiser.

„Ja, dann ist's schlimmer und —“
„Dann verzweifelt man doch, sprich's mir aus!“

„Nein, man braucht nicht zu verzweifeln, man sucht sich ein anderes Glück.“

„Man sucht sich ein anderes Glück,“ wiederholte sie mit jeltamem Tonfall, trat an's Fenster und starrte auf die einsame Gasse, die Arme über der Brust gekreuzt; um ihre Mundwinkel lag ein eigenthümlicher Zug.

„Ein anderes Glück, aber mißversteht' mich nur nicht, Kind.“

„Da kommt Heinrich Hommes,“ unterbrach sie rasch,

Verlauf des Prozesses gespannt, da interessante Enthüllungen über die Gevatterwirtschaft auf Sizilien erwartet werden. Durch ein heftiges Unwetter wurden in Athen die untere Stadttheile unter Wasser gesetzt. Mehrere Häuser stürzten ein, einige Personen sind ertrunken, der Schaden ist sehr bedeutend. — Um die Sternschnuppenfälle besser beobachten können, unternahmen Donnerstag Nacht Reverend Bacon dessen Tochter, Miß Bacon, und der Aeronaut Spencer eine Ballonfahrt von Neatz in Südwaies (England). Der Himmel war klar, sie sahen jedoch nur fünf vereinzelte Sternschnuppen. Der Ballon stürzte später bei Neatz herab. Miß Bacon erlitt einen Armbuch, Reverend Bacon eine schwere Erschütterung. — Bei dem Erdbeben auf Cera in Holländisch-Indien, das in der Nacht vom 29. bis zum 30. September stattfand, sind nach vorläufiger Schätzung 4000 Menschen umgekommen und 500 verwundet. Mehr als 1000 Leichen sind auf Saparua gefunden worden. Der angerichtete Schaden ist ein ganz bedeutender. Das Erosportet aller Beschreibung.

Der Eid eines Schutzmannes. Verleger und Redakteur des „Fabrzer Anzeiger“ waren kürzlich mit einem Strafbefehl von je 5 Mk. seitens des Fabrzer Amtsvorstehers bedacht worden, weil sie, zufolge einer Anzeige des Polizeiführers Widuch, durch Stehenbleiben auf dem Bürgersteig den Verkehr gesperrt hätten. Beide, Verleger und Redakteur, hatten gegen den Strafbefehl richterliche Entscheidung angerufen. In der Verhandlung vor dem Fabrzer Schöffengericht am Montag sagte der Polizeiführer Widuch unter seinem Eide aus, daß beide Angeklagte in der That den (nota bene: sehr breiten) Bürgersteig gesperrt hätten, daß er nicht habe vorbeikommen können, worauf der vorsitzende Richter erregnete: „Na, na, wir kennen den Bürgersteig doch auch.“ Die Angeklagten wurden freigesprochen. Der Gerichtshof meinte, daß von einer Sperrung des Verkehrs durch das Stehenbleiben von zwei Personen bei der vier Meter bestehenden Breite des Bürgersteiges keine Rede sein könnte.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung eines Schutzmanns war der Maler Franz Kühn am Charlottenburg angeklagt, der vor der zweiten Strafkammer am Berliner Landgericht II stand. Der Angeklagte, der ein vielfach vorbestrafter Mensch ist, verübte an einem Sommer-Abende groben Unfug auf der Straße. Er wurde von zwei Schutzleuten verhaftet und dabei stieß er Redensarten aus, die als eine Beleidigung des Kaisers aufgefaßt wurden. Außerdem beleidigte er einen Schutzmann mit diversen Titulaturen beleidigender Art. Soweit es sich um die Worte handelte, welche die Majestätsbeleidigung enthalten sollten, charakterisirte die Strafkammer die inkriminirte Neuerung nur als unpassende schnoddrige Redensart. In diesem Punkte erfolgte daher Freisprechung und nur wegen der Beleidigung des Schutzmanns wurde auf sechs Wochen Gefängniß erkannt.

Die Tätowirungen der Samoaner. Der „Tätowirer“ ist eine der angesehensten Gestalten in der Hierarchie der samoanischen Kasten. Die Ausübung seiner Kunst ist auf bestimmte Familien beschränkt, die ihre verschiedenen Geschäftsnamen führen. Das Tätowiren ist daneben auch ein einträgliches Geschäft. Für die Tätowirung eines jungen Mannes erhält der Tätowirer-Künstler eine der seinen handgeschlochten Matten, die den Göttern geheiligt sind, als Opfer, und während der Arbeit schlachtet man ihm um seinen Gehilfen täglich ein Schwein oder mehrere Hühner zur Verpflegung. Der Tätowirer, der während seiner Thätigkeit, ebenso wie der Zimmermann, der Hausbauer oder Fischer, bei den Samoanern als Priester der Götter fungirt, nimmt selbst alle Opfergaben in Empfang. Gewöhnlich befaßt sich die Tätowirer gleichzeitig mit der Heilung von Krankheiten. Die Farbe, die sie zur Tätowirung brauchen bereiten sie selbst aus dem Ruß von verbrannten Früchten, der mit Wasser vermischt wird. Ihr hauptsächlichstes Handwerkzeug besteht aus einem Halter oder Schaft von sehr leichtem Holz, an den ein Blatt aus Schildkrötenhäute mit Fasern einer Kokosnuß hakenförmig angebunden ist. An diesem Blatt ist der Kamm befestigt, ein 3 Zentimeter breites, plattgeschliffenes und fein gezähntes Stück eines Eberzahnes. Menschenknochen pflegen die Samoaner zu diesem Kamm nicht zu verwenden. Die Eingeborenen haben vom menschlichen Knochenresten eine heilige Scheu, sie geben selbst die Köpfe der gefallenen Feinde den Angehörigen wieder zurück. Mit dem erwähnten Instrument werden die größeren schwarzen Flächen der Tätowirung hergestellt.

„er kommt zu uns!“ Sie schritt zur Thür und ging dem jungen Mann entgegen.

Frühlingsanfang! Der Schnee auf den Höhen taute nur oben auf dem steilsten Gipfel des Mosenkopfs klebte er noch an den Lavabrocken, aber schmelzig und halb zerrommen. Gewaltige Regenmassen kamen nieder; alle Tage der Himmel wie ein Saak, alle Tage der gleiche plätschernde Morgengruß, dasselbe Trommeln nachts an den Fenster-scheiben.

Manderscheid steckte wie in Wolkenfetzen. Und Meerfeld lag ganz im Dunst verdrungen. Das Maar schwoh und schwoll. Als wolle es sich rächen für die Einschränkung, kam es über die Meer gelauten, der ganze Thalkessel gleich einer unbeweglich trüben Bache; die Felder verschwanden. Es war Zeit zur Bestellung — wie sollte man? Wasser, Regen — Regen, Wasser!

Alle Tage hoäten ein paar von den Meerfeldern oben in Manderscheid herum — dünnbeinige Gestalten, hohläufige Gesichter — sie saßen im Wirthshaus, joffen und ließen's antreiben. Das war ein Lamentiren und Häufschlagen! den ganzen Tag ging die Thürklingel an der Bürgermeisterei; lauter Bettler, Weiber und Kinder aus Meerfeld, aber sie batzen nicht beschelden, sie forderten ihr gutes Recht. Die Manderscheider guckten zu; sie gingen jetzt fleißig zur Kirche in der östlichen Zeit, beichteten und kommunirten. Am Palmsonntag war große Prügelei in den verschiedenen Wirthshäusern, Heinrich Hommes hatte aus seinem Gafthaus die Schreier herausgeworfen; die übrigen Tage der Woche war's still, aber ungemüthlich. Die Leute guckten nach dem Himmel mit scheelen Blicken, mit noch scheeleren nach der Bürgermeisterei.

(Fortsetzung folgt.)